

Wolfram Hilz  
Antje Nötzold *Hrsg.*

# Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch

Festschrift zum 65. Geburtstag  
von Prof. Dr. Beate Neuss



Springer VS

---

# Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch

---

Wolfram Hitz · Antje Nötzold  
(Hrsg.)

# Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch

Festschrift zum 65. Geburtstag  
von Prof. Dr. Beate Neuss

Mit einem Geleitwort von Dr. Bernhard Vogel,  
Ministerpräsident a.D.

 Springer VS

*Herausgeber*  
Wolfram Hiltz  
Bonn, Deutschland

Antje Nötzold  
Chemnitz, Deutschland

Gefördert von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-658-21548-4      ISBN 978-3-658-21549-1 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-21549-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

# Inhaltsverzeichnis

<i>Wolfram Hilz &amp; Antje Nötzold</i> Vorwort der Herausgeber .....	9
--	---

<i>Bernhard Vogel</i> Dem Dienst an den Menschen verpflichtet – Beate Neuss zum Geburtstag ....	17
--	----

## **I. Innere und äußere Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union**

<i>Gisela Müller-Brandeck-Bocquet</i> Schicksalsjahre für die EU: 2017-2018 .....	23
--	----

<i>Elke Thiel</i> Scheitert der Euro, dann scheitert Europa .....	45
--	----

<i>Wolfram Hilz</i> Europa und die Flüchtlinge. Komplexe Herausforderungen in schwierigen Zeiten .....	69
---	----

<i>Alice Neuhäuser</i> Brexit. Warum stimmten 51,9 Prozent der britischen Wähler für den EU-Austritt? .....	93
--	----

<i>Cornelia Albert</i> Wie weiter in Nordirland nach dem Brexit? Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Brexit-Referendums und ein Ausblick auf die Brexit-Verhandlungen .....	111
--	-----

<i>Rudolf Hrbek</i> Auf dem Weg zu einem europäischen Parteiensystem? .....	131
--	-----

<i>Eric Linhart</i> Zur programmatischen Kohäsion der Fraktionen im Europäischen Parlament .....	163
<i>Peter-Christian Müller-Graff</i> Unionsrechtliche Europäisierung außerhalb der Europäischen Union.....	185
<i>Marianne Kneuer</i> Schutz der Demokratie – der Hebel der EU vor und nach Erweiterungen .....	207
<i>Alina Alexandra Bot</i> Minority Protection after EU Integration: The Case of Romania .....	233
<i>Hans-Gert Pöttering</i> Herausforderungen für das Europäische Integrationsprojekt. Aufgaben und Handlungswege.....	253
<b>II. Transatlantische Beziehungen und Sicherheitspolitik im Umbruch</b>	
<i>Cornelia Rieß</i> Die USA und Deutschland. Eine unabkömmliche Partnerschaft im Zeichen von Globalisierung und Digitalisierung .....	271
<i>Axel Heck</i> Donald Trump und Twitter. Soziale Netzwerke als Mittel der politischen Kommunikation .....	283
<i>Stephan Bierling</i> Die Revolution findet nicht statt: Die Außenpolitik von Donald Trump .....	305
<i>Karl-Heinz Kamp</i> Die NATO unter strategischem Veränderungsdruck .....	317
<i>Carlo Masala</i> Das internationale System im 21. Jahrhundert und Deutschlands Platz in ihm .....	333

---

<i>Antje Nötzold</i> Der Atomwaffenverbotsvertrag. Fortschritt für das Non-Proliferationsregime? .....	353
<i>Moritz Pöllath</i> Methode, Tragfähigkeit und Grenzen sicherheitspolitischer Risikoanalysen? Kassandrarufe .....	377
<i>Alexander Gallus</i> Ein Einzelner in der Region und die große internationale Krise. Das Attentat von Sarajevo zwischen Konsequenz und Kontingenz .....	395
<b>III. Deutschland im Wandel?</b>	
<i>Karl-Rudolf Korte</i> Wählermobilisierung im Superwahljahr 2017.....	413
<i>Eckhard Jesse</i> Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Streitkultur, Patriotismus, Antiextremismus und repräsentative Demokratie .....	429
<i>Alfons Söllner</i> Jürgen Habermas als politischer Intellektueller. Ein zeitgeschichtlicher Essay .....	449
<i>Melanie Piepenschneider</i> Politische Bildung neu denken .....	467
<i>Michael Wolffsohn</i> 6 x Deutschland. Dieselben Deutschen? Gedanken, Indikatoren und Thesen zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert .....	489
Schriftenverzeichnis von Beate Neuss .....	503
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	511

# Vorwort der Herausgeber

*Wolfram Hilz & Antje Nötzold*

Europas derzeitiger Umbruch, die unvermeidbar scheinende Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen, Sicherheitsbedrohungen in immer neuen Kombinationen, und nicht zuletzt Verschiebungen der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Deutschland bestimmen die aktuellen öffentlichen und politikwissenschaftlichen Diskussionen.

Diese Themen, die am Ende eines aufregenden zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts im Mittelpunkt vieler Debatten stehen, spielen im Wirken von Beate Neuss als Universitätsprofessorin, Politikwissenschaftlerin und engagierte Bürgerin seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle. Es ist somit ein glücklicher Umstand, dass zum Zeitpunkt dieser spannenden Diskussionen Schüler, Kollegen und Weggefährten mit ihren Beiträgen zu den genannten Themenfeldern Beate Neuss in der vorliegenden Festschrift für ihren bereits vier Jahrzehnte währenden unermüdlichen Einsatz für die universitäre Forschung und Lehre danken wollen.

Am Anfang stehen Beiträge zu aktuellen Entwicklungen in Europa, die auch die öffentliche Debatte über dieses prägende Forschungsgebiet von Beate Neuss seit Jahren größtenteils bestimmen. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet verdeutlicht die Herausforderungen an die Europäische Union in den aktuellen Schicksalsjahren 2017-2018. Die gewichtigsten Aufgaben Fortschritt des Integrationsprojektes, Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Austritt Großbritanniens werden anschließend genauer in den wissenschaftlichen Blick genommen. Elke Thiel zeigt die Charakteristika des europäischen Integrationsprozesses im Spannungsfeld von europäischer Gemeinschaft und Mitgliedstaaten auf und problematisiert das Einigungsmotiv eines „Europa mit einer Stimme“. Der Umgang mit mehreren Flüchtlingswellen, die nach Europa strömen, hat das Solidaritätsprinzip zwischen den EU-Mitgliedern in den letzten Jahren an seine Grenze, wenn nicht sogar darüber hinaus gebracht. Wolfram Hilz analysiert in seinem Beitrag die Ursachen der Flüchtlingsproblematik sowie die Reaktionen der Mitgliedsstaaten und zeigt Handlungsoptionen auf. Der Brexit, der geplante Austritt eines Mitgliedsstaates und damit ein Novum in der Geschichte der EU, insbesondere seine Umsetzung und Folgen für Großbritannien wird maßgebende Wirkungen auf die euroskeptischen Bewegungen in anderen Mitgliedsstaaten haben. Zum einen betreibt Alice Neuhäuser Ursachenforschung, wie es zum Mehrheitsvotum für den Austritt kommen konnte. Zum anderen stellt Cornelia Albert die

Auswirkungen der Brexit-Entscheidung für Nordirland dar und gibt einen Ausblick auf die anstehenden Verhandlungen.

Neben den Mitgliedstaaten bilden die europäischen Bürger und ihre politischen Repräsentanten wichtige Akteure im europäischen Integrationsprozess. Rudolf Hrbek analysiert, ob sich ein europäisches Parteiensystem entwickelt und Eric Linhart untersucht die Kohäsion der Fraktionen und ihrer Programme im europäischen Parlament. Ein normativ konstituierender Faktor der EU sind ihre Werte und deren Strahlkraft nach außen wie nach innen. Peter-Christian Müller-Graff gibt einen Überblick über verschiedene Formen der Europäisierung durch Anpassung von Drittstaaten an das Unionsrecht, während Marianne Kneuer die demokratische Konditionalisierung als Instrument der EU zur Heranführung ihrer Nachbarn an die eigenen Normen und Werte sowie deren defizitäre Durchsetzbarkeit im Inneren untersucht. Wie schwierig die Implementierung europäischer Normen selbst in EU-Staaten ist, zeigt Alina Alexandra Bot am Beispiel des Minderheitenschutzes in Rumänien. Den thematischen Block zur Europäischen Union schließt Hans-Gert Pötering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., mit einem Überblick über die Aufgaben und mögliche zukünftige Wege des europäischen Integrationsprojekts ab.

Neben Europa bilden aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen mit dem regionalen Schwerpunkt auf den transatlantischen Beziehungen einen zweiten Themenfokus der Beiträge: Carlo Masala bietet einen Überblick über Struktur und Machtverteilung im internationalen System des 21. Jahrhunderts sowie über die Handlungsoptionen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik darin. Die Außenpolitik auf der anderen Seite des Atlantiks unter dem neuen US-Präsidenten Donald Trump analysiert Stephan Bierling hinsichtlich der ihr nachgesagten revolutionären Neuausrichtung kritisch, während sich Axel Heck der Etablierung von Twitter-Nachrichten als Mittel politischer Kommunikation unter Donald Trump widmet. Cornelia Riess und Karl-Heinz Kamp untersuchen den Stand der transatlantischen Beziehungen und ihre Perspektiven im wirtschaftlichen Bereich der Digitalisierung sowie für die Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO. Antje Nötzold beleuchtet den Atomwaffenverbotsvertrag, die neueste internationale Initiative zur nuklearen Abrüstung, hinsichtlich seines Mehrwertes und seiner Unzulänglichkeiten zur Begegnung der aktuellen Herausforderung im Bereich Non-Proliferation. Moritz Pöllath wirft schließlich einen methodisch-orientierten Blick auf das wissenschaftliche Instrument sicherheitspolitischer Risikoanalyse und Alexander Gallus analysiert die enormen Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik, die die Taten eines Einzelnen im internationalen Geschehen haben können, am Beispiel des Attentats von Sarajevo 1914.

In einem dritten thematischen Block ist der Blick auf aktuelle Debatten in Deutschland bzw. auf allgemeine gesellschaftsrelevante Themenfelder gerichtet.

Neben Analysen der Konsequenzen aus den letzten Bundestagswahlen 2017 hinsichtlich Wählermobilisierung durch Karl-Rudolf Korte sowie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Eckhard Jesse, beleuchtet Melanie Piepenschneider kritisch die politische Bildung in Deutschland. Alfons Söllner würdigt den deutschen Philosophen und überzeugten Europäer Jürgen Habermas. Abschließend resümiert Michael Wolffsohn die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert und nimmt dabei vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Spannungen „den Deutschen“ in den Blick.

Obwohl die Jubilarin in den zurückliegenden Jahrzehnten zu allen drei genannten Themenfeldern wichtige wissenschaftliche und publizistische Beiträge geliefert hat, spielt Europa unzweifelhaft eine zentrale Rolle im Oeuvre von Beate Neuss: Hätte sie sich während ihrer wissenschaftlichen Karriere von den in schöner Regelmäßigkeit auftretenden Negativprognosen für das europäische Integrationsprojekt beeinträchtigen und von ihrem Interesse am Thema abbringen lassen, es wären uns und der interessierten Öffentlichkeit wegweisende Forschungsergebnisse verwehrt geblieben. Zunächst lieferte sie mit ihrer Dissertationsschrift „Europa mit der linken Hand“ (München 1983) als eine der ersten Wissenschaftlerinnen überhaupt valide Erkenntnisse über die deutschen personalpolitischen Entscheidungen im Rahmen der europäischen Integration. Entscheidungen innerhalb der sich alsbald dynamisch weiterentwickelnden Europäischen Union blieben seitdem ebenso im Forschungsfokus von Beate Neuss wie der Umgang mit den zentralen Herausforderungen für die Integrationsgemeinschaft.

Auch für den zweiten thematischen Schwerpunktbereich von Beate Neuss, der sich wandelnden weltpolitischen Rolle der USA und den daraus folgenden Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen, war eine langjährige intensive Beschäftigung mit der Materie die Basis: In ihrer Habilitationsschrift unter dem Titel „Geburtshelfer Europas?“ (München 1992) zeigte sie, welche gewichtige Rolle die USA bei der Entstehung und Festigung des europäischen Einigungswerkes innehatten. Dies wurde zwar vielfach vermutet, den Nachweis, wie weitreichend das Wirken der USA bei der Etablierung der europäischen Integration tatsächlich war, erbrachte erst Beate Neuss eindrucksvoll.

Obwohl damit lediglich die beiden politikwissenschaftlichen Hauptwerke von Beate Neuss genannt sind, denen ein ganzer Reigen an thematisch breit angelegten Sammelbänden sowie unzählige Fachaufsätze zu einer Vielzahl an politikwissenschaftlichen Fragen folgten (s. beiliegendes Schriftenverzeichnis), stehen die beiden zentralen Monografien für die thematischen Fixpunkte in ihrem wissenschaftlichen Wirken, die – ergänzt um die Relevanz Deutschlands auf der internationalen Ebene – das vielfältige Schaffen der Jubilarin geprägt haben.

Hierin spiegelt sich auch die Fähigkeit der Wissenschaftlerin und generell des politisch an neuen Entwicklungen in höchstem Maße interessierten Menschen Beate Neuss, dass sie veränderte Rahmenbedingungen – in den politischen Bedingungen wie in den persönlichen Lebensumständen – dazu nutzt, eigene Sichtweisen auf politische Problemstellungen zu entwickeln, die in originelle und höchst gewinnbringende Forschungsideen münden: Zu Zeiten der deutschen Teilung, inspiriert maßgeblich von ihrem eigenen akademischen Lehrer in Münster und später in München, Dieter Grosser, lag der wissenschaftliche Fokus von Beate Neuss zunächst noch auf den Auswirkungen der deutschen Teilung. Seit ihrer Assistentenzeit in München kam die kontinuierlich intensiver werdende Beschäftigung mit europäischen Fragen hinzu. An der dortigen Ludwig-Maximilians-Universität und weit über den reinen Hochschulbetrieb hinaus galt Beate Neuss wegen ihrer unbestrittenen Expertise in diesem Feld bald als die „Miss Europa“.

Neben dieser europapolitischen Expertenrolle gewann sie schnell weitere Anerkennung während ihrer einjährigen Gastprofessur an der University of Minnesota in Minneapolis Mitte der 1980er Jahre. Dort erweiterte sie nicht nur ihr Netzwerk aus Kollegen, die vielfach zu langjährigen Freunden wurden, sondern sie schuf durch die intensive Beschäftigung mit amerikanischer Innen- sowie vor allem Außenpolitik die Basis für viele amerika-bezogene Projekte in den folgenden Jahrzehnten.

Die Umbrüche in Europa und die friedliche Revolution in der DDR mit der daraus folgenden Deutschen Einheit im Jahr 1990 bildeten im wissenschaftlichen Wirken von Beate Neuss, erneut gepaart mit persönlichen Veränderungen, eine weitere Zäsur, die sie sogleich als Chance nutzte: Nach abgeschlossener Habilitation in München und der Vertretung des renommierten Lehrstuhls von Kurt Sontheimer am Geschwister-Scholl-Institut der LMU erhielt sie das Angebot, an der Neugestaltung der Universitäten in den neuen Bundesländern aktiv mitzuwirken. Die Berufung auf die neugeschaffene Professur für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz 1994 bot Beate Neuss die Möglichkeit, ihre über Jahrzehnte gewonnenen Erkenntnisse sowie ihre breiten Forschungs- und Lehrerfahrungen in die von Grund auf neu zu entwickelnden Strukturen einzubringen. Das Wirken an einer sächsischen Universität in einem sich rasch wandelnden gesellschaftlichen und ökonomischen Umfeld nahm Beate Neuss nicht nur als „normale“ Pflichtaufgabe an. Von Beginn an brachte sie sich durch Vorträge und Tagungen in die gesellschaftliche Diskussion mit einer Vielzahl an interessierten Gruppen in ihrer „neuen Heimat“ ein.

Die Chancen des Standorts Chemnitz nutzte sie dabei von Beginn an systematisch zum Wohl der TU, indem sie die kontinentale Herausforderung der Öffnung westeuropäischer Kooperationsstrukturen unter dem Fokus der regionalen

Betroffenheit thematisierte. Dass dies kontinuierlich und nicht nur „modisch-punktuell“ erfolgte, ist an den seit 1995 von ihr regelmäßig in Chemnitz organisierten Veranstaltungen mit renommierten Politikern und Wissenschaftlern aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt abzulesen. Ein Fokus lag zunächst auf den bald zu EU-Beitrittskandidaten avancierten mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten. Nicht zufällig gingen aus einer ersten Tagung unter Mitwirkung von Lothar de Maiziere und Władysław Bartoszewski die jährlich stattfindenden politik- und regionalwissenschaftlichen Symposien hervor, die sie mit ihrem leider viel zu früh verstorbenen Kollegen Peter Jurczek etablierte und bis zur 21. Ausgabe mit Stefan Garsztecki im Herbst 2017 fortsetzte.

Es waren aber nicht nur wissenschaftliche Expertentagungen, sondern regelmäßige Einladungen von renommierten Wissenschaftlern und Persönlichkeiten der Zeitgeschichte zu öffentlichen Gastvorträgen, mit denen Beate Neuss den Studierenden der TU und interessierten Chemnitzern die Chance zum Gespräch über aktuelle politische Themen eröffnete. Hierin kommt ihr Verständnis als Wissenschaftlerin zum Ausdruck, die gerade als Sozialwissenschaftlerin auch immer in die Öffentlichkeit hinein wirken will.

Dass trotz dieses enormen Einsatzes für die gerade in den 1990er Jahren wichtige Beschäftigung mit den künftigen EU-Mitgliedern im Osten auch die Weiterentwicklung der TU Chemnitz selbst im Wirken von Beate Neuss eine wichtige Rolle spielte, macht die Übernahme des für die Philosophische Fakultät wichtigen Amtes der Prodekanin für Studium und Lehre ab 1997 deutlich. In einer entscheidenden Phase der von kontinuierlichen Kürzungen und Auslagerungen von Stellen betroffenen Großfakultät mit vielen kleinen Studiengängen gelang während ihrer Amtszeit eine Stabilisierung und Neuausrichtung, nicht zuletzt durch die bis heute erfolgreichen Europastudiengänge. Ihrem Engagement in der akademischen Selbstverwaltung blieb Beate Neuss auch als Prüfungsausschussvorsitzende sowie als Mitglied im Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und im Senat der Universität treu.

Die Attraktivität des Studienstandortes Chemnitz für Politikwissenschaftler steigerte Beate Neuss in den zurückliegenden Jahrzehnten aber nicht nur im Rahmen ihrer universitären Ämter, sondern ganz entscheidend durch eine außerordentliche Vielfalt an praxisorientierten Projekten für die Studierenden: Beginnend mit den für die Studierenden enorm bereichernden Exkursionen zu EU-Institutionen sowie in „alte“ und „neue“ EU-Mitgliedsstaaten, über die jährliche Entsendung einer Chemnitzer Delegation zur „National Model United Nations“-Konferenz (NMUN) nach New York, dem stark nachgefragten Israelaustausch bis hin zu den seit 2001 jedes Jahr von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung großzügig geförderten Seminaren „Dialog junge Wissenschaft und Praxis“. Hunderten Chemnitzer Studierenden eröffnete Beate Neuss durch ihr Engagement ein-

malige Chancen. Viele haben die Einblicke und direkten Gesprächen sowie die Möglichkeiten zur Anwendung von theoretischem Wissen in der Praxis nicht nur dankbar angenommen, sondern für ihren eigenen beruflichen Werdegang genutzt.

Hierbei kommt zum Tragen, das Beate Neuss immer auch vielfältige Aufgaben in wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Organisationen übernommen hat, mit denen sie ihre Erfahrungen und Fähigkeiten zum Wohl der Allgemeinheit einbrachte. Von den vielen ehrenamtlichen Aktivitäten sind der jahrzehntelange Einsatz als Präsidiumsmitglied des interdisziplinären „Arbeitskreises Europäische Integration“ (AEI) besonders hervorzuheben, die wegweisende Mitwirkung beim Aufbau des DAAD-Ostpartnerschaftsprogramms, aber auch ihr großes Engagement im Rahmen des wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für politische Bildung in schwieriger Umbruchzeit, zuletzt als dessen Vorsitzende.

Übertroffen wird dieser unermüdliche Einsatz von Beate Neuss für die gesellschaftliche Stärkung sowie für die Vernetzung von Wissenschaft und Politik – in zahlreichen nationalen und internationalen Gesprächskreisen und seit 2015 auch als Beirätin in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik – nur noch durch ihr nimmermüdes Engagement für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Geprägt von den Möglichkeiten als Stipendiatin, die sie seit den 1970er Jahren im Rahmen der Förderung der KAS für sich nutzen konnte, um sich eröffnende Chancen auf dem Weg zur erfolgreichen Wissenschaftlerin wahrzunehmen, engagierte sich Beate Neuss seit ihrer Münchener Assistentenzeit selbst aktiv für die Stiftung. Seit 1997 war sie als Vertrauensdozentin der KAS in Chemnitz für Generationen von Stipendiaten und Stipendiatinnen Gesicht und Herz der Stiftung vor Ort. Beate Neuss erfüllte die Aufgabe, die Stipendiaten kennenzulernen, sie auf ihrem studentischen und persönlichen Weg zu begleiten und die Gruppe durch gemeinsame Aktivitäten zu verbinden stets mit großer Hingabe und Freude. Sie öffnete Türen zu Firmenbesichtigungen – u. a. bei Bruno Banani – und Weinverkostungen auf Schloss Proschwitz, brachte die Stipendiatengruppe mit Personen des Zeitgeschehens, wie beispielsweise Horst Teltschik, zu Hintergrundgesprächen zusammen, nahm an gemeinsamen Museumsbesuchen und Grillabenden teil und lauschte den studentischen Erfahrungsberichten nach deren Auslandsaufenthalten. Beim traditionellen Weihnachtsessen kommen daher immer so viele „junge“, „alte“ und „ganz-alte“ Altstipendiaten zusammen, um in Erinnerung an die schöne Stipendiatenzeit zu schwelgen, dass jeder Tisch und Stuhl im Hause Neuss gebraucht wird.

Doch nicht nur vor Ort konnten KAS-Stipendiaten von Beate Neuss Engagement profitieren. Sie leitete bis 2008 das Promotionskolleg „Die Zeit der Deutschen Teilung: Diktaturerfahrung, Innerdeutsche Beziehungen, Europäische

Dimensionen“ und initiierte mit der Begabtenförderung u. a. das Berufskolleg für internationale Politik und Wirtschaft sowie das 2017 ganz neu aufgestellte internationale Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“.

Für viele „ihrer“ Stipendiaten, aber auch ihrer anderen Studierenden und vor allem Doktoranden öffnete Beate Neuss mit ihrem Blick auf die Erfordernisse der Praxis sowie ihrer an Förderung und Forderung ausgerichteten Unterstützung, Türen, die diese durchschreiten konnten, um ihren Berufsweg erfolgreich zu gestalten.

Ihre Ernennung zur stellvertretenden Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2001 würdigte nicht nur das bereits außerordentliche Engagement für die Stiftung, sondern war erst der Startpunkt für noch größeren Einsatz zum Wohle der KAS. Schon seit ihrer Zeit als Assistentin in München war Beate Neuss eine vielgefragte Referentin für die politische Bildung, in der Begabtenförderung war sie richtungsweisend an der Etablierung praxisorientierter und international ausgerichteter Angebote für die Stipendiaten beteiligt. Hinzu kamen vielfältige Einsätze als Wissenschaftlerin und Botschafterin der KAS in den zahlreichen Auslandsbüros auf nahezu allen Kontinenten weltweit – die großzügige finanzielle Unterstützung dieser Festschrift durch die Verantwortlichen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein schönes Zeichen der großen Wertschätzung dieses jahrzehntelangen Engagements.

Wenn mitten in einer politisch spannenden Zeit eine wissenschaftlich und gesellschaftlich höchst engagierte Hochschullehrerin ihre Tätigkeit als Universitätsprofessorin beendet, so wird dies im Falle von Beate Neuss mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass sie sich in den anderen wissenschaftlichen, wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Aktivitätsfeldern umso mehr einbringen wird.

Ihr überbordender Einsatzwille und ihr schier unerschöpfliches Energiereservoir werden wohl dazu führen, dass die verbleibenden Bereiche ihres Engagements – von der Konrad-Adenauer-Stiftung, über Wissenschaftsorganisationen, bis hin zu Vorträgen auf wissenschaftlichen Tagungen und für die politische Bildung – durch die Befreiung von den akademischen Lehr- und Verwaltungsverpflichtungen noch stärker als bisher profitieren werden.

Insofern freuen wir uns zusammen mit allen hier versammelten Freunden, Schülern und Kollegen von Beate Neuss über das Erreichen des universitären Emeritierungsalters, da es für uns alle die Möglichkeiten des zeitlich ein wenig entspannteren Zusammenseins deutlich vergrößert – „Arbeit“ ist das Entwickeln, Vorantreiben und Umsetzen von Projekten zusammen mit Beate Neuss ja nie gewesen. Wir blicken folglich alle – hier schließen die beiden Herausgeber die-

ser Festschrift alle Beitragenden ungefragt mit ein – vielen weiteren Jahren des anregenden, fachlichen wie persönlichen Austauschs mit der Jubilarin entgegen.

Am Ende einer akademischen Festschrift für die Wissenschaftlerin Beate Neuss muss noch etwas zum Menschen Beate Neuss stehen, den jeder Beitragende individuell zu schätzen weiß: Als Herausgeber dieser Festschrift können wir nach kumuliert einem halben Jahrhundert der wissenschaftlich engen und persönlich immer befruchtenden Zusammenarbeit mit der Jubilarin – beginnend als Studenten, später Mitarbeiter und Kollegen – ohne jede Einschränkung feststellen: Als Mensch hat uns Beate Neuss immer tief beeindruckt und damit auch geprägt; als akademische Lehrerin hat sie uns entscheidend mit zu dem gemacht, was wir heute selbst als Wissenschaftler und universitär Lehrende sind; als Vorbild beim Umgang mit ihren Mitmenschen, ob gute oder schlechte Studenten, problematische oder angenehme Kollegen hat sie uns stärker beeinflusst als sie selbst wahrscheinlich weiß. Selbstverständliche Menschlichkeit im oftmals unbe-rechenbaren und von zahllosen Eitelkeiten und Konkurrenzlogiken geprägten Wissenschaftsbetrieb lässt sich nicht erlernen. Beate Neuss trägt diese Eigenschaft in sich und hat sie uns in reichem Maße angedeihen lassen. Nicht zuletzt hierfür gilt ihr unser von tiefstem Herzen empfundener Dank!

Wolfram Hilz und Antje Nötzold

## **Dem Dienst an den Menschen verpflichtet – Beate Neuss zum Geburtstag**

*Bernhard Vogel*

Beate Neuss hat es wie kaum eine andere Wissenschaftlerin verdient, von ihren Kolleginnen und Kollegen zu ihrem besonderen Geburtstag mit einer Festschrift geehrt zu werden. Schon die ungewöhnlich lange Liste ihrer Publikationen beweist, wie intensiv sie sich seit ihrem Studium der Politikwissenschaft, der Mittleren und Neueren Geschichte und der Soziologie in Münster und München (1971-1978), ihrem Magister (1978) und ihrer Promotion (1983 – Europa mit der linken Hand? Die deutschen Personalentscheidungen für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften) sowie erst recht seit ihrer Habilitation (1992 – Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945-1958) ihrer Wissenschaftsdisziplin, der Internationalen Politik, gewidmet hat. In frühen Jahren hat sie in München die Lehrstuhlvertretung von Kurt Sontheimer übernommen. Schon zuvor wurde sie als Gastprofessorin an die University of Minnesota eingeladen und nahm danach einen Lehrauftrag in Bamberg an, bis sie 1994 nach Chemnitz berufen wurde, auf eine Professur für Internationale Politik.

Wer die Herausforderungen, vor denen die Universitäten in der ehemaligen DDR standen, nur ein wenig kennt, muss vor allem ihr Wirken an der Technischen Universität Chemnitz bewundern. Es ist nicht hoch genug einzuschätzen, dass ihr, dank ihres persönlichen Einsatzes, der Brückenschlag über die Jahrzehnte der Trennung hinweg gelungen ist. Sie weiß, was Ost und West verbindet, aber sie weiß auch, wie schwer es in den zurückliegenden 25 Jahren war, sich kennen- und verstehen zu lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen, zu verstehen, was es bedeutet, Jahrzehnte in einer anderen Lebenswirklichkeit, ja in verschiedenen Welten gelebt zu haben.

Aus fachkundigem Mund wird ihre hervorstechende Leistung in Lehre und Forschung in dieser Festschrift gewürdigt werden.

Darüber aber sollte ihr lebenslanges, beispielhaftes ehrenamtliches Engagement nicht vergessen werden. Sie hat sich an verantwortlicher Stelle in der akademischen Selbstverwaltung der Technischen Universität Chemnitz, als Studiendekanin der Philosophischen Fakultät und im Fakultätsrat, im Konzil und im Senat über Jahre hohe Verdienste erworben und ist bis heute in zahlreichen wis-

senschaftlichen Gremien und Beiräten tätig. So gehörte sie unter anderem dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung an und wurde dessen Vorsitzende. Auch dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft gehört sie an.

Seit ihrer Studienzeit ist sie insbesondere der Konrad-Adenauer-Stiftung auf vielfältige Weise eng verbunden. Grundlegend für ihr Engagement in unserer Stiftung waren ihre Erfahrungen in ihrer Münchener Studentenzeit in den achtziger Jahren. Entschlossen-kritisch hat sie gegen die dort überaus aktiven linken Studentengruppen Position bezogen. Zur Fertigstellung ihrer Doktorarbeit wurde ihr ein Promotionsstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung gewährt (1978-1980). Seitdem, seit vierzig Jahren, fühlt sie sich der Begabtenförderung verpflichtet. Stets war sie bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich mit großer persönlicher Anteilnahme für die Förderung und für die Geförderten einzusetzen. Dass sie bald zur Stipendiatensprecherin wurde, bezeichnet sie selbst als „Komplot“ des örtlichen Betreuers und des Vertrauensdozenten, um sie „aus der Reserve zu locken“. Weil man ihr Engagement und ihr Organisationstalent erkannte, wurde sie nach dem Auslaufen ihres eigenen Stipendiums Sprecherin der Münchener Altstipendiaten. Sie fungierte alsbald auch als Prüferin bei den Auswahltagungen und als Referentin bei Seminaren. Schon 1997 übernahm sie in Chemnitz als Vertrauensdozentin der Konrad-Adenauer-Stiftung die Verantwortung für ihre dort studierenden Stipendiaten. Wer je mit ihr über Wohl und Wehe einzelner Mitglieder ihrer Hochschulgruppe gesprochen hat, weiß, wie ernst sie diese Aufgabe nimmt und mit welchem Einsatz sie sich ihren Stipendiaten widmet. Kein Wunder: Sehr bald wählte der Sprecherrat der Vertrauensdozenten sie zu seiner Sprecherin.

2001 wird sie zur stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung gewählt und hat, zunächst an meiner Seite und seit 2010 an der Seite meines Nachfolgers Hans-Gert Pöttering, bis heute unermüdlich den Zielen der Stiftung gedient. Die Weiterentwicklung der Begabtenförderung bleibt auch der stellvertretenden Vorsitzenden ein besonderes Anliegen. Als Anfang 2003 das erste Promotionskolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung an den Start ging, bat man sie, trotz ihrer starken, anderweitigen Auslastung, um die Übernahme der Sprecherfunktion im begleitenden Professoren-Gremium. Sie sagte zu, und das Kolleg „Die Zeit der Deutschen Teilung: Diktaturerfahrung, Innerdeutsche Beziehungen, Europäische Dimensionen“ war für die neun Jahre seiner Laufzeit in besten Händen. Sie begleitet und motiviert Kollegiaten und Professoren, leitet mehrere Sitzungen im Jahr, lädt renommierte Gesprächspartner und Zeitzeugen ein und bewertet unermüdlich tausende Seiten der Arbeitsberichte der Studenten. Inzwischen hat sie die Sprecherfunktion auch in einem neuen, zweiten internationalen Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ inne. „Zwischendurch“

trat sie im Jahr 2004 dem Beirat des Berufskollegs für Internationale Politik und Wirtschaft unserer Stiftung bei und sicherte dadurch den Erfolg eines weiteren, innovativen Projektes maßgeblich. In der 2015 eingerichteten Habilitationsförderung ist sie Mitglied des Hauptauswahlgremiums. An der Analyse globaler Herausforderungen und der Entwicklung von Lösungsansätzen zur Bewältigung komplexer Konflikt- und Krisenlagen mitzuwirken, dürfte für sie, angesichts ihrer Lehr- und Forschungsschwerpunkte in Chemnitz, zu einem „Heimspiel“ werden.

Aber trotz ihrer hingebungsvollen Mitwirkung in der Begabtenförderung hat sie in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende unzählige Male unsere Stiftung im In- und vor allem im Ausland vertreten. In Chile und in Japan, in Südafrika und der Ukraine, in Israel und Ungarn, in den USA und in Russland, in Frankreich natürlich, besonders häufig in Brüssel hat sie Vorträge gehalten, Delegationen begleitet, sich Diskussionen gestellt und unser Profil interpretiert, unsere Grundüberzeugungen verdeutlicht. Im sogenannten „Jour Fixe“ – dem kleinen, inoffiziellen Führungsteam der Stiftung – ist sie eine unersetzliche Ratgeberin. Sie kann zuhören, sie drängt sich nicht auf, sie meldet sich nicht vorschnell zu Wort. Aber ihr Urteil ist stets überzeugend begründet und hat darum großes Gewicht. Es kommt von Herzen. Man hört ihr gerne zu und erfreut sich an ihrer stets heiteren Gelassenheit und ihrem charmanten Lachen.

Die Stiftung hat Beate Neuss unendlich viel zu verdanken. Unseren Dank für ihre bisherige Lebensleistung verbinden wir mit der Bitte, dass sie noch viele Jahre lehrend, forschend, Rat gebend und helfend tätig sein möge, und dass sie eine unsere Stiftung prägende Persönlichkeit bleibt.  
Danke, Beate Neuss!

# **I. Innere und äußere Herausforderung für die Zukunft der Europäischen Union**



# Schicksalsjahre für die EU: 2017-2018

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

## 1 Einleitung

2016 war zweifelsohne das *annus horribilis* der EU, ein bislang unübertroffener Tiefpunkt des an Rückschläge gewohnten europäischen Einigungsprojektes. Visions- und Ideenlosigkeit sowie – vor allem – nachlassende Integrationsbereitschaft und nicht zuletzt zunehmende einzelstaatliche Egoismen und krude Interessensvertretung hatten bereits den qualvoll langen und mühsamen Weg zum 2009 in Kraft getretenen Lissabonner Vertrag gekennzeichnet. Dieser war geprägt von Blockadephasen, verlorengegangenen Referenden (in Frankreich, den Niederlanden und Irland) und erpressten Kompromissen wie – um nur zwei Beispiele zu nennen – die konkrete Ausgestaltung und verzögerte Anwendung der sogenannten doppelten Mehrheit als Entscheidungsregel im Ministerrat und der Verzicht auf die Bezeichnung „EU-Außenminister“ für das gleichwohl runderneuerte und aufgewertete Amt des außenpolitischen Vertreters der EU, der bzw. die weiterhin den sperrigen Titel „Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ tragen muss.

Mit Beginn der 2010er Jahre multiplizierten und verdichteten sich die Krisenkontexte der EU derart dramatisch, dass Weckrufe, die vor einem Untergang der EU warnten, sich mehrten.<sup>1</sup> Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat als erster diese höchst besorgniserregende Lage als „Polykrise“ bezeichnet und damit die mehrfachen, gleichzeitig auftretenden und sich gegenseitig verstärkenden Problemfelder der EU angesprochen. Staatsschulden-, Ukraine- und Flüchtlingskrise, Terroranschläge auch auf europäischem Boden, Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien in EU-Mitgliedstaaten, steigende Erfolge rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien, sinkendes Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und in die EU im Besonderen haben die Integrationsgemeinschaft derart in Bedrängnis gebracht, dass ihr mögliches Scheitern nicht mehr auszuschließen war. Das Brexit-Referendum vom 23. Juni 2016 stellte insofern einen Höhepunkt

---

1 Vgl. Schulz, Martin: Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance, Berlin 2013; Fischer, Joscha: Scheitert Europa? Köln 2014; Winter, Martin: Das Ende einer Illusion. Europa zwischen Anspruch, Wunsch und Wirklichkeit, München 2015; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: EU Europa darf nicht scheitern – Besinnt Euch, Bürger!, 22. Februar 2016, in: <https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/frontdoor/index/index/docId/12727>.

innerhalb der Polykrise dar, als zum ersten Mal in der langen Einigungsgeschichte Europas ein Mitgliedstaat sich anschickt, das mühsam errichtete gemeinsame Haus der EU wieder zu verlassen, und allenthalben die Furcht vor einem Dominoeffekt umging: Würden bei den Wahlen in Österreich (Dezember 2016), in den Niederlanden (März 2017) und in Frankreich (Mai 2017) ebenfalls nationalistisch-rechtspopulistische und europafeindliche Kräfte gewinnen und mit Forderungen nach einem Öxit, Nexit und Frexit die EU zu Fall bringen?

Dies also war die Situation im *annus horribilis* 2016. Doch wider das Erwarten vieler Beobachter hat die EU sich in Folge des Brexit-Referendums wieder gefasst und ihre Konsolidierung in Angriff genommen. Bei den angesprochenen Wahlen konnten die Europafeinde sich nicht durchsetzen, vielmehr gewannen mit Alexander van der Bellen und Emmanuel Macron prononcierte Pro-Europäer. Im ersten der beiden aktuellen Schicksalsjahre der EU, in 2017, hat die Union der 27 verbleibenden Mitgliedstaaten trotz manch gravierender Probleme und offener Konfliktpunkte ein gerüttelt Maß an Überlebens- und Selbstbehauptungswillen gezeigt. Doch in 2018, dem zweiten Schicksalsjahr, müssen zahlreiche Weichen neu gestellt werden, um der EU eine dauerhafte Zukunft zu eröffnen. Nachfolgender Beitrag wird zunächst rekonstruieren, inwieweit und mit welchen Schritten und Ergebnissen die EU in den vergangenen Monaten wieder Tritt zu fassen versucht hat. Hier wird auf das neue Vorzeigeprojekt der EU-27 eingegangen: In der Tat schickt sich das integrierte Europa derzeit an, eine Sicherheits- und Verteidigungsunion zu errichten. Anschließend werden weitere Aufgaben und Herausforderungen, die sich der EU stellen, benannt und die Chancen evaluiert, das Jahr 2018 tatkräftig für eine nachhaltige Erneuerung des Integrationsprojektes zu nutzen. Ziel der EU muss sein, aus den beiden Schicksalsjahren verändert, gefestigt und mit neuer Entschlossenheit hervorzugehen, um als EU-27 in der konfliktreichen, globalisierten, multipolaren Welt bestehen zu können.

## **2 Die EU-27 fasst wieder Tritt**

Nachdem sich 51,9 Prozent der britischen Wähler am 23. Juni 2016 für einen Brexit ausgesprochen hatten, erfasste eine Schockstarre die EU, die sich jedoch überraschend schnell nach der Sommerpause aufzulösen begann. Dieser neu entfachte Überlebenswille führte die EU über den ersten informellen Gipfel ohne die Briten bis zur Erklärung von Rom anlässlich des 60. Geburtstags der Integrationsgemeinschaft.

## 2.1 Von Bratislava bis Rom: Weichenstellungen der EU-27

Am Ernst der Lage nach dem Brexit-Votum ließen die EU-Oberen keinen Zweifel. So hielt der Präsident des Europäischen Rats, Donald Tusk, in einem als Brandbrief<sup>2</sup> bezeichneten Schreiben vom 13. September 2016 an seine Kollegen fest, dass nach dem Brexit-Referendum ein „Weiter so“ nicht in Frage käme. „Aus der Krise können wir entweder geschwächt und zerstritten oder gestärkt und geeint hervorgehen.“<sup>3</sup> Und auch Kommissionspräsident Juncker wählte in seiner Rede zur Lage der Union vom 14. September 2016 deutliche Worte: „Unsere Europäische Union befindet sich [...] in einer existenziellen Krise [...] Nie zuvor habe ich so wenige Gemeinsamkeiten zwischen unseren Mitgliedstaaten gesehen. [...] Nie zuvor habe ich so viel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen.“<sup>4</sup> Beide Politiker setzten in ihren Vorschlägen für das bevorstehende Gipfeltreffen zu Siebenundzwanzigst neue inhaltliche Akzente, indem sie unter dem Eindruck der internationalen Lage mit ihren zunehmenden Bedrohungen die Thematik der inneren und äußeren Sicherheit zur vorrangigen Zukunftsaufgabe der EU erklärten. Damit schufen sie das neue „Zauberwort aus Brüssel“: Sicherheit.<sup>5</sup>

Dieses Zauberwort fand seinen Niederschlag auch in der „Erklärung von Bratislava“ des Europäischen Rats vom 16. September 2016. Die 27 Staats- und Regierungschefs trafen sich zu diesem ersten informellen Treffen nach dem Brexit-Votum, um „gemeinsam die derzeitige Lage der Europäischen Union zu analysieren und unsere gemeinsame Zukunft zu erörtern“. Nach deutlichen Bekenntnissen zur EU als Friedens-, Demokratie- und Wohlstandsgarantin formulierte der Europäische Rat im sogenannten Bratislava-Fahrplan die „Kernprioritäten für die nächsten Monate“.<sup>6</sup> Auch hier dominieren Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit.<sup>7</sup> Obwohl in Bratislava brisante Streitfragen wie beispielswei-

---

2 Vgl. Brössler, Daniel: Tusk schreibt der EU einen Brandbrief, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. September 2016.

3 European Council (Hrsg.): Letter from President Donald Tusk before the Bratislava summit, Brüssel 13. September 2016, in: <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/09/13/tusk-invitation-letter-bratislava/#>.

4 Juncker, Jean-Claude: Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, Straßburg 14. September 2016.

5 Vgl. Brössler, Daniel: Das Zauberwort aus Brüssel, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. September 2016.

6 Vgl. Europäischer Rat: Erklärung von Bratislava und Bratislava-Fahrplan, Bratislava 16. September 2016, in: <http://www.consilium.europa.eu/media/21232/160916-bratislava-declaration-and-roadmap-de.pdf>.

7 Konkrete Beschlüsse zur „Verstärkung der EU-Zusammenarbeit im Bereich der externen Sicherheit und der Verteidigung“ wurden jedoch auf das Gipfeltreffen vom Dezember 2016 verschoben.

se die Umsetzung der Quotenbeschlüsse vom September 2015 zur Verteilung von Flüchtlingen auf alle Mitglieder des Schengen-Raums nicht gelöst werden konnten, signalisierte die EU-27 mit der Bratislava-Erklärung und dem dazugehörenden Fahrplan ihren Willen zusammenzustehen. So beschwor Kanzlerin Angela Merkel den „Geist von Bratislava“ und Frankreichs Staatspräsident François Hollande sagte: „Was man von Bratislava im Kopf behalten muss, ist dieser Wille, der Wille zu Europa“<sup>8</sup>.

Auch in der Erklärung von Rom vom 25. März 2017 findet sich das neue Zauberwort aus Brüssel, nämlich Sicherheit, wieder. So sind in der „Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission“ zwei der vier Agenda-Punkte der Sicherheit gewidmet:

Jenseits dieser inhaltlichen Akzentsetzung ist an der Erklärung von Rom weiterhin beachtenswert, dass die aktuelle und hochintensive akademische Debatte um ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, der abgestuften Integration bzw. über ein Kerneuropa ebenfalls ihren Niederschlag findet.<sup>9</sup> Nachdem divergierende Vorstellungen zur Zukunft der EU-Entwicklung in letzter Zeit immer deutlicher zu Tage treten und sich insbesondere zwischen Polen und Ungarn einerseits und den westlichen Alt-Mitgliedern andererseits hier Gräben auftun, hat sich auch Bundeskanzlerin Merkel nach dem Frühjahr-Gipfel von Malta für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ausgesprochen. Dies sei eine sinnvolle Antwort auf die Herausforderungen für Europa. Die Geschichte der letzten Jahre habe gezeigt, „dass es auch eine EU mit verschiedenen Geschwindigkeiten geben wird, dass nicht alle immer an den gleichen Integrationsstufen teilnehmen werden“, wird Merkel zitiert. Dieses Konzept solle sich auch in der Erklärung zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge spiegeln.<sup>10</sup> Und in der Tat findet sich in der Erklärung folgende bemerkenswerte Passage „Wir werden gemeinsam – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität – handeln, während wir uns in dieselbe Richtung bewegen, so wie wir es schon in der Vergangenheit getan haben; dies wird im Einklang mit den Verträgen geschehen und die Tür wird allen offen stehen, die sich später anschließen möchten. Unsere Union ist ungeteilt und unteilbar.“<sup>11</sup>

8 Brössler, Daniel / Kirchner, Thomas: Eigentlich wunderbar, in: Süddeutsche Zeitung vom 17./18. September 2016.

9 Vgl. bpsw. Leuffen, Dirk / Rittberger, Berthold / Schimmelfennig, Frank: Differentiated Integration. Explaining Variation in the European Union, Basingstoke 2013; Stratenschulte, Eckart (Hrsg.): Heilsame Vielfalt, Baden-Baden 2014.

10 Vgl. o. A.: Merkel für Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 2017.

11 Europäischer Rat (Hrsg.): Die Erklärung von Rom. Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäi-

## 2.2 *Wahlen in Schicksalszeiten: Ist die rechtspopulistische Bugwelle gebrochen?*

Spätestens seit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 wurde der Aufstieg nationalistisch-rechtspopulistischer und europafeindlicher Kräfte europaweit wahrgenommen und als Gefahr für das Integrationsprojekt eingestuft, ja, der „Europapopulismus“ und „Europaskeptizismus“ wurde als ein „genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext“ identifiziert.<sup>12</sup> Im Mai 2014 erzielten die Europafeinde im Vereinigten Königreich 27,5 Prozent der Stimmen, in Dänemark 26,6 Prozent, in Frankreich 25,4 Prozent und in Österreich 19,5 Prozent, um nur die vier höchsten Wahlergebnisse der Rechtsextremen/Rechtspopulisten zu nennen, die allesamt mit einem Austritt aus der EU liebäugelten. Als im Oktober 2015 dann die nationalkonservative und dezidiert europaskeptische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) des Jarosław A. Kaczyński in Polen die Wahlen gewann und Beata Szydło Regierungschefin wurde, ging europaweit die Furcht vor einem unaufhaltsamen Aufstieg der nationalkonservativen Rechtspopulisten um.

Doch dieser Trend wurde 2017 wenn nicht gestoppt so doch zumindest gebrochen. So siegte beim zweiten Wahlgang zu den österreichischen Präsidentschaftswahlen mit 53,8 Prozent der unabhängige Kandidat, Europaenthusiast und Ex-Grüne Alexander van der Bellen, während Norbert Hofer von der FPÖ nur auf 46,2 Prozent kam. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 13. Februar 2017 führte van der Bellen seinen Sieg explizit auf den europaskeptischen Kontext zurück. „Meine Wahl zum Bundespräsidenten [...] 2016 war eine klare Absage an den aufkeimenden Nationalismus, an den Protektionismus, an den verführerischen, vereinfachenden Populismus“<sup>13</sup>. Und auch bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden am 19. März 2017 schnitten die Europafeinde der „Partei für die Freiheit“ unter Geert Wilders mit 13 Prozent deutlich schlechter ab als prognostiziert. Das Phänomen, dass (Rechts)Extreme in Umfragen besser abschneiden als in den Wahlen selbst, ist vollkommen neu; denn üblicherweise scheuen die Wähler, sich in Umfragen zu extremistischen Haltungen

---

schen Kommission, 25. März 2017, in: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25/rome-declaration/>.

- 12 Mit den Begriffen „Europapopulismus“ und „Europaskeptizismus“ grenzt sich Julia Klein vom „gebräuchlichen Begriff Euroskeptizismus“ ab, um klarzustellen, dass es sich nicht nur um Ablehnung der Währung Euro handelt, sondern um eine wesentlich breiter angelegte Abwehrhaltung der EU gegenüber, vgl. Klein, Julia: Europapopulismus – ein genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext?, in: *integration*, Jg. 39, Heft 4 (2016), S. 289.
- 13 Van der Bellen, Alexander: Rede vor dem Europäischen Parlament, Straßburg 14. Februar 2017, in: [http://www.bundespraesident.at/fileadmin/user\\_upload/Interview-pdfs/170214\\_Rede\\_EP\\_korrigiert.pdf](http://www.bundespraesident.at/fileadmin/user_upload/Interview-pdfs/170214_Rede_EP_korrigiert.pdf), S. 2.

zu bekennen. Dass letzthin die Prognosen für europafeindliche Rechtspopulisten und Rechtsextreme höher lagen als die tatsächlichen Wahlergebnisse deutet daher auf einen Tabubruch hin und zeigt, wie salonfähig deren Gedankengut inzwischen geworden ist.

Dieser Tabubruch zeigte sich auch im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen vom 23. April und 7. Mai 2017, als Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National (FN) höher eingeschätzt wurde als sie tatsächlich abschnitt. Anfang März rangierte sie in Umfragen für den ersten Wahlgang mit 27 Prozent vor Macron (24 Prozent), realiter erreichte sie 21,3 Prozent, Macron 32,9 Prozent. Im zweiten Wahlgang errechneten die Prognosen 64 Prozent für Macron und 36 Prozent für Le Pen. Das tatsächliche Wahlergebnis vom 7. Mai 2017 verhalf Macron mit 66,1 Prozent zum Sieg gegenüber Le Pen, die mit 33,9 Prozent klar unterlag.

Le Pen sind unter anderem ihre verquastenen Ankündigungen, aus dem Euro und der EU austreten zu wollen, zum Verhängnis geworden, während Macron sich im Wahlkampf sehr deutlich als überzeugter Europäer gab und damit bewies, dass man in Europa inzwischen wieder mit solch eindeutigen Bekenntnissen Wahlen gewinnen kann.<sup>14</sup> Sylvie Kauffmann konstatierte einen großen Rückgang des Populismus, den sie auf die abschreckende Wirkung des Brexit-Votums zurückführte.<sup>15</sup>

Da im integrierten Europa „ohne Frankreich alles nichts ist“ wie Bundeskanzler Helmut Schmidt zu sagen pflegte, bedeutet Macrons Wahl einen weiteren, sehr wesentlichen Schritt auf dem Weg der EU zur Beendigung der Polykrise und zur Konsolidierung und Wiederbelebung des Integrationsprojektes. Für Deutschland, dessen unersetzlicher Partner Frankreich ja ist, hat die neue Konstellation in Paris mit einem energischen, handlungsfähigen und anpackenden neuen Hausherrn im Elysée-Palast auch den immensen Vorteil, dass nun das Gerede von und die Unterstellung einer deutschen Hegemonie oder herausragenden Führungsposition in EU-Europa ein Ende finden könnte. Denn solch eine

---

14 Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings, dass Macron seinen Wahlsieg an erster Stelle den Vorwahlen der anderen großen Parteien verdankt, die mit der Kandidatur von François Fillon auf der rechten und Benoît Hamon auf der linken Seite einen geradezu selbstmörderischen Kurs führen. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Blau, weiß, tot. Welche selbstmörderischen Kräfte treiben die etablierten französischen Parteien eigentlich an?, in: IPG vom 31. März 2017, <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/frankreich-vor-der-zaesur/artikel/detail/blau-weiss-tot-1956/>, S. 3.

15 Dies zeigte sich selbst im Mutterland des Brexit, wo bei den vorgezogenen Unterhauswahlen vom 8. Juni 2017 die europafeindliche UKIP kein einziges Mandat erzielte. Vgl. Kauffmann, Sylvie: Populisme: le grand recul, in: Le Monde vom 17. Juni 2017.

Rolle ist weder mit der anti-hierarchischen Konstruktion der EU vereinbar noch liegt sie in Deutschlands Interesse, Ansinnen oder gar Fähigkeiten.<sup>16</sup>

### 3 Die EU-27 auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion?

Wenn mit den angesprochenen Wahlen die EU einen ganz substantiellen Schritt aus der Polykrise hinausgetan hat (vgl. dazu Abschnitt 4.2), so hat sie sich mit dem „Zauberwort“ Sicherheit bereits zuvor einen neuen inhaltlichen Schwerpunkt gegeben und sich die Errichtung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion zum Ziel gesetzt. Damit reagierte sie auf die gravierenden Veränderungen ihres sicherheitspolitischen Koordinatensystems, die mit dem bevorstehenden Brexit und dem Amtsantritt Donald Trumps als US-Präsident eintraten.

#### 3.1 Auslöser Brexit

Der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU stellt für deren insgesamt noch unterentwickelte, unausgereifte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowohl eine immense Herausforderung als auch eine sehr große Chance dar.

Ein den Realitäten angemessenes und der Logik des Lissabonner Vertrags entsprechendes Verständnis der EU-Außenpolitik folgt einem mehrdimensionalen Ansatz und konstruiert das große Ganze der EU-Außenpolitik als Mosaik, das aus zahlreichen Bausteinen besteht. Dieses EU-Außenpolitik-Mosaik weist vier verschiedene Dimensionen auf, die auch unterschiedliche Zuständigkeiten und Politikprozesse implizieren. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), auf welche „die“ EU-Außenpolitik sehr häufig reduziert werden, stellen dabei nur zwei einzelne Mosaikbausteine dar, die zudem vergleichsweise wenig integriert und vorrangig intergouvernemental organisiert sind.<sup>17</sup> Der Brexit nun wird in allen diesen Dimensionen und außenpolitischen Bausteinen des EU-Handelns Lücken aufreißen und Defizite generieren.<sup>18</sup> Und diese Verluste werden beträcht-

---

16 Vgl. Bulmer, Simon / Paterson, William: Germany's European role. Germany as the EU's reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints, in: Journal of European Public Policy, Jg. 20, Heft 10 (2013), S. 1387-1405; Kundnani, Hans: The Paradox of German Power, Oxford 2015.

17 Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela / Rüger, Carolin: Die Außenpolitik der EU, Berlin / Boston 2015.

18 Vgl. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Mögliche sicherheits- und verteidigungspolitische Auswirkungen des sogenannten „Brexit“ auf die Europäische Union und auf

lich sein, da es sich beim Vereinigten Königreich um einen Staat von großer internationaler Bedeutung handelt: Als ehemals weltumspannende Kolonialmacht, als Kopf des Commonwealth, Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, Ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied und als (legale) Atommacht zählt Großbritannien zu den Großen in der internationalen Politik, so dass es der EU auf der Weltbühne schmerzhaft fehlen wird.

Andererseits jedoch waren es vorrangig die Briten, die über die Jahrzehnte hinweg eine Stärkung oder gar Vergemeinschaftung von GASP und GSVP bekämpften. Als Gegenleistung für ihre *special relationship* mit den USA verteidigten sie das Nato-first-Prinzip, das der Schaffung einer eigenständigen EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik sehr enge Grenzen setzt.<sup>19</sup> In dieser grundsätzlichen Haltung liegt die vielzitierte, tradierte britische Rolle als „awkward partner“ weitgehend begründet.<sup>20</sup> Insofern stellt der Brexit für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU eine große Chance dar, die Deutschland und Frankreich, aber auch Brüssel nach dem Referendum vom 23. Juni 2016 umgehend ergriffen.

Bereits am 27. Juni 2016, also nur vier Tage nach dem Brexit-Votum, veröffentlichten die Außenminister Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier ein gemeinsames Schreiben „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“. „Deutschland und Frankreich“ so heißt es in dem Schreiben „bekennen sich erneut zu dem gemeinsamen Konzept von Europa als einer Sicherheitsunion“<sup>21</sup>. Am 12. September 2016 legten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr französischer Kollege Jean-Yves Le Drian ein gemeinsames Konzept „Erneuerung der GSVP“ vor, das „konkrete Vorschläge für den Weg zu einer umfassenden, realistischen und glaubwürdigen Verteidigung in der Europäischen Union einbringen“ will. Sie empfehlen „die Entwicklung eines klaren Fahrplans zur Erneuerung einer transparenten und integrativen GSVP der 27“<sup>22</sup>.

Diese deutsch-französische Initiative zur Erneuerung der GSVP fokussiert auf zwei konkrete Vorschläge: die Einrichtung eines permanenten EU-Hauptquartiers (EU-HQ) für militärische sowie zivile GSVP-Missionen und die Aktivierung des Artikel 42.6 EUV, der im Bereich Sicherheit und Verteidigung

Deutschland, Ausarbeitung WD 2 - 3000 - 093/16, Berlin 2016, in: <https://www.bundestag.de/blob/437604/20b54421814ed7f586267da40ed9a03f/wd-2-093-16-pdf-data.pdf>.

19 Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet / Rüger: Die Außenpolitik der EU, S. 38-103.

20 Vgl. Melcher, Michael: Awkwardness and Reliability. Die britische Europapolitik von 1997 bis 2013, Marburg 2014.

21 Steinmeier, Frank-Walter / Ayrault, Jean-Marc: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, 27. Juni 2016, in: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/160624-bm-amfra-st/281698>.

22 Bundesministerium der Verteidigung: Erneuerung der Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Deutsch-französische Verteidigungsinitiative, Berlin 12. September 2016.

eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit erlaubt. Beide Projekte wurden über die Jahre hinweg von den Briten vehement abgelehnt, so dass die deutsch-französischen Vorschläge wohl die Botschaft übermitteln wollten, dass ohne die Briten möglich werden könnte, was mit ihnen nie erreichbar war.

In den Folgemonaten wurden diese Vorstöße von den europäischen Institutionen aufgegriffen, ergänzt<sup>23</sup> und in sukzessive Entscheidungen der EU gegossen, über die am 7. Juni 2017 erfolgte Schaffung eines EU-HQ bis hin zu den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 22./23. Juni 2017, „die Zusammenarbeit der EU im Bereich der äußeren Sicherheit und Verteidigung auszubauen“. Im Falle der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (im EU-Jargon PESCO: Permanent Structured Cooperation) verlangte er gar zeitnahe Umsetzung.<sup>24</sup> Mitte Juli 2017 hatten Deutschland und Frankreich hierzu erste konkrete Umsetzungsvorschläge unterbreitet.<sup>25</sup> Zum Jahresende 2017 war es dann soweit: Die EU tat den historischen Schritt und begründete eine PESCO: In ihrem Rahmen wollen 25 Mitgliedstaaten gemäß Artikel 42.6. EUV „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen“. Es wurden 17 Projekte zur Fähigkeitsverbesserung identifiziert, wobei jedes PESCO-Mitglied an mindestens einem Projekt teilnehmen muss.<sup>26</sup> Die Hohe Vertreterin Mogherini kommentierte: „Wir haben gerade etwas unterschrieben, das wir, aber auch der Rest der Welt, vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätten.“<sup>27</sup> Auch ein „Europäischer Verteidigungsfonds“ wurde beschlossen, der u. a. die PESCO-Projekte unterstützen soll.

Am Beispiel dieses sicherheits- und verteidigungspolitischen Neuanfangs der EU lässt sich einmal mehr die Bedeutung und Funktionslogik des deutsch-französischen Motors der Integration ablesen. *Idealiter* legen die beiden Staaten Vorschläge und Ideen vor, die die Integration in spezifischen Politikfeldern oder auch insgesamt voranbringen sollen; die Motorenrolle ist aber erst dann erfüllt,

---

23 Zu erwähnen ist hier insbesondere der Vorschlag der EU-Kommission vom 7.6.2017, einen Europäischen Verteidigungsfonds in Höhe von jährlich 5,5 Mrd. Euro aufzulegen, um Europas Verteidigungsfähigkeiten zu stärken.

24 Vgl. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen, EUCO 8/17, Brüssel 23. Juni 2017, in: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8-2017-INIT/de/pdf>, S. 5.

25 Vgl. Deutsch-französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat: Schlussfolgerungen, Paris 13. Juli 2017, in: Deutsch-Französischer Ministerrat, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE / \\_Anlagen/2017/07/2017-07-13-abschlusserklaerung-d-f-ministerrat.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2017/07/2017-07-13-abschlusserklaerung-d-f-ministerrat.pdf?__blob=publicationFile), S. 24-29.

26 Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Ein Wendepunkt für die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Die EU beschließt eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, in: mainEUropa, Blog vom 5. Dezember 2017, <https://maineuropa.de/ein-wendepunkt-fuer-die-eu-sicherheits-und-verteidigungspolitik>.

27 Mogherini, Federica, zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Ein Wendepunkt für die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

wenn im Folgenden sich andere Mitgliedstaaten und insbesondere auch die EU-Institutionen, „Brüssel“ also, anschließen, eigene Projekte ergänzend einbringen und die deutsch-französischen Initiativen auf diese Weise „europäisieren“. Man kann in diesem Europäisierungsprozess bilateraler Vorstöße unter maßgeblicher Beteiligung weiterer Akteure auch die Entfaltung und das Wirksamwerden einer kollektiven *leadership* in der EU erkennen.<sup>28</sup>

Die EU, so ist festzuhalten, hat sich allem Anschein nach auf den Weg zur Schaffung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion gemacht, deren Trag- und Leistungsfähigkeit sich allerdings erst noch erweisen muss. Jetzt schon ist jedoch festzuhalten: Wenn nach einem jahrelangen Erosionsprozess die GSVP nun reaktiviert und wesentlich ausgebaut werden soll, so ist dies eine erste konkrete Folgewirkung des Brexit, der – wie bereits angesprochen – einiges ermöglicht, was die Briten als Verteidiger des NATO-first-Prinzips immer zu verhindern wussten. Zum Zweiten aber gilt es, die nicht unerheblichen Beiträge des Vereinigten Königreichs zu GASP und GSVP zu ersetzen. Drittens schließlich ist der neue sicherheits- und verteidigungspolitische Elan der EU auch dem neuen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump geschuldet.

### 3.2 *Trump und der Geist von Trudering*

In der Tat kommt Donald Trump, seiner *America-first*-Politik und seiner chaotischen, schlingernd-unlesbaren Außen- und Sicherheitspolitik eine wichtige Rolle bei der aktuell beobachtbaren Renaissance der EU zu. Hier sollen nicht die zahlreichen *faux pas*, Kurswechsel, Verunglimpfungen etc. referiert werden, die Trump in wenigen Monaten der EU und den Europäern gegenüber gezeigt hat; vielmehr soll im Resultat festgehalten werden, dass die neue US-Administration de facto als Geburtshelfer für ein erneuertes, gestärktes Europa der 27 agiert. Mehrfach hat Beate Neuss, der diese Festschrift und mithin auch dieser Beitrag gewidmet ist, die Rolle der USA als Geburtshelfer des vereinigten Europas wissenschaftlich beforcht;<sup>29</sup> dabei hob sie die positive, unterstützende und hilfreiche Rolle der USA in den Nachkriegsjahren hervor: Ohne die Hilfe des „gütigen Hegemons“ USA hätten EGKS und EWG wohl kaum das Licht der Welt erblickt

28 Vgl. Iso-Markku, Tuomas / Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Towards German leadership? Germany's evolving role in European security and defence, in: German Politics (*erscheint 2018*).

29 Vgl. Neuss, Beate: Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im Europäischen Integrationsprozeß 1945-1958, Baden-Baden 2000; Neuss, Beate: Der „gütige Hegemon“ und Europa. Die Rolle der USA bei der europäischen Einigung, in: Meier-Walser, Reinhard C. / Rill, Bernd (Hrsg.): Der europäische Gedanke. Finalität und Hintergrund, München 2001, S. 155-167.

– die USA als Geburtshelfer also. Bei Neuss findet der Begriff „Geburtshelfer“ seine richtige, sinngemäße Verwendung. Wenn Donald Trump hier ebenfalls als Geburtshelfer bezeichnet wird, so wird der Begriff eher zynisch-sarkastisch verwendet: Weil der US-Präsident die Europäer und die EU so verletzend-ignorant, so herablassend-arrogant behandelt, provoziert er deutliche Gegenreaktionen, die sich im Willen zur Selbstbehauptung manifestieren; und dies kann im Falle Europas nur bedeuten: den Willen zur Einheit, zur Geschlossenheit bewahren bzw. wieder erneuern.

Niemand hat diesen aus Empörung und Enttäuschung über den US-Präsident Trump entstandenen, trotzig neuen Selbstbehauptungswillen und die Selbstbehauptungsnotwendigkeit so deutlich zum Ausdruck gebracht wie Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer international viel beachteten Bemerkung: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei und deshalb kann ich nur sagen, wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen“. Da Angela Merkel diesen bemerkenswerten Satz während eines Wahlkampfauftritts in Trudering bei München sagte, kreierte Ex-Außenminister Joschka Fischer den Begriff „Geist von Trudering“, um den Aufruf der Kanzlerin zur Stärkung Europas angemessen zu würdigen. Angesichts drohender „historischer Veränderungen und Achsenverschiebungen“ leitet er aus dem „Satz von Trudering weitgehende Konsequenzen für die deutsche Europapolitik und die Rolle Deutschlands im Verhältnis zu Frankreich und innerhalb der EU“ ab. Mit Emmanuel Macron habe Merkel nun einen Partner gefunden, um Europa zu stärken.<sup>30</sup>

#### 4 Wie aus dem Schicksalsjahr 2018 einen Erfolg machen?

Wenn nach dem *annus horribilis* 2016 im europäischen Schicksalsjahr 2017 sich viele, sehr viele Dinge zum Besseren gewendet haben, wenn die weitere Desintegration der EU wegen der extrem abschreckenden Auswirkungen des Brexit-Chaos abgewendet ist, wenn die Bugwelle des nationalistischen Rechtspopulismus ihren Scheitelpunkt überschritten, die EU sich auf den Weg zu einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Union begeben hat und über der EU der „Geist von Trudering“ weht – wenn all dies sich in wenigen Monaten ereignet hat, so stehen der EU im Jahr 2018 gleichwohl zahlreiche Aufgaben bevor, die sie bewältigen oder zumindest anpacken muss, um ihre Bewährungsprobe definitiv zu bestehen und zu einer Erneuerung zu finden.

---

30 Vgl. Fischer, Joschka: Der Geist von Trudering. Trump stellt den Westen in seiner bisherigen Form infrage. Jetzt muss sich Deutschlands Rolle in Europa ändern, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. September 2017.

#### 4.1 Aufgaben für 2018

Auf der Agenda der EU weit oben stehen gleich mehrere Themen. Zum einen wird noch sehr viel Arbeit zu leisten, Willen aufzubringen und Ressourcen bereitzustellen sein, damit das oben skizzierte Projekt einer EU-Sicherheits- und Verteidigungsunion Realität werden kann. Zum zweiten sind die Brexit-Verhandlungen weiterzuführen, die nach allgemeiner Auffassung bis Herbst 2018 abgeschlossen sein müssten, um den britischen Austritt termingerecht zum Ablauf der Zwei-Jahresfrist (wie in Art. 50 EUV vorgesehen) und vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament zu vollziehen. Derzeit aber ist mitnichten absehbar, wie dieser Zeitplan eingehalten werden könnte, verliefen die bisherigen Verhandlungen doch ausgesprochen mühsam. Zwar beschloss der Europäische Rat der 27 am 14. Dezember 2017, in die zweite Verhandlungsphase mit dem Vereinigten Königreich einzutreten und ab März 2018 das große Thema der künftigen Handelsbeziehungen anzupacken. Gleichwohl bleibt immer noch offen, welchen Brexit die Briten anstreben, einen harten oder einen weichen.<sup>31</sup>

Eine weitere riesige Baustelle der EU wird die Flüchtlings- und Migrationspolitik bleiben, die für so viel Streit in der Union sorgt, zuletzt beim Gipfel des Europäischen Rats im Dezember 2017, als Donald Tusk den EU-weiten Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge als spaltend und „ineffektiv“ bezeichnete.<sup>32</sup> Schließlich stehen auch Umbaumaßnahmen in der Eurozone an. So ist bekannt, dass der neue französische Staatspräsident Macron weitreichende Pläne für die notwendige Konsolidierung der Eurozone hegt, mit Ideen zur Schaffung eines veritablen Wirtschaftsministers, einem eigenen Budget und einer eigenen parlamentarischen Vertretung für die Währungsgemeinschaft. Doch zunächst möchte er Frankreichs Defizit wieder in den vertraglichen Rahmen von drei Prozent des BIP zurückführen, um den Partnern, vor allem Deutschland, gegenüber glaubwürdig zu sein.<sup>33</sup> Die Eurozone wird also mit Sicherheit eine der wichtigsten und größten, wohl auch umstrittensten Baustellen Europas werden.

Darüber hinaus stehen auch Grundsatzentscheidungen über die künftige Konstruktion und Zielsetzung der EU an. Um entsprechende Debatten auszulösen und anzuleiten hat die Europäische Kommission im März 2017 ein Weißbuch zur Zukunft Europas „Die EU der 27 im Jahre 2025 – Überlegungen und Szenarien“ vorgelegt. Die insgesamt fünf Szenarien beschreiben mögliche Zu-

---

31 Vgl. Greubel, Johannes: Jahresendspurt in Brüssel. Der Europäische Rat zwischen Brexit und Aufbruch, in: mainEUropa, Blog vom 20. Dezember 2017, <https://maineuropa.de/jahresendspurt-in-bruessel-pesco-brexit-migration-europaeischer-rat-eurozone-macron-tusk-merkel>.

32 Vgl. Brössler, Danielk/ Mühlauer, Alexander: Entzweieude Pläne, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Dezember 2017.

33 Vgl. Lequesne, Christian: Paris et Berlin doivent faire mutuellement des concessions pour relancer l'Europe politique, in: Le Monde vom 12. Juli 2017.

künfte mit unterschiedlichen Ambitionsniveaus für ein geeintes Europa. Die Kommission hatte von Anfang an geplant, im „ganzen Kontinent“ in einer breiten Debatte über diese Szenarien debattieren zu lassen, damit „Europa selbst entscheidet, welchen Weg es künftig einschlagen wird“<sup>34</sup>. Bis August 2017 hatten sich rund 200.000 Menschen an dieser Debatte beteiligt, ein eher enttäuschendes Ergebnis.<sup>35</sup>

Schließlich muss die EU ihr zentrales Prinzip der Rechtstaatlichkeit unionsweit durchsetzen. Denn zu den Kollateralschäden der Polykrise der letzten Jahre gehörte zweifelsohne auch ein gewisses Leisetreten der EU-Institutionen sowie der EU-Staats- und Regierungschefs ausgemachten Provokateuren gegenüber, die diesen Grundwert der EU angreifen. Angesprochen sind hier an erster Stelle die derzeitigen Regierungen in Polen und Ungarn. Hier zeichnen sich in den letzten Monaten und Wochen Veränderungen in den Positionierungen der EU und ihrer zentralen Mitgliedstaaten ab, die durch einen schärferen Kurs die Glaubwürdigkeit der Integrationsgemeinschaft erhöhen wollen. So hat sich der Umgang mit der polnischen PiS-Regierung wegen hochumstrittener Reformen des Justizwesens jüngst sehr deutlich zugespitzt. Da diese seit Amtsantritt der PiS-Regierung vorbereiteten Reformen allenthalben als Angriff auf bzw. Abbau des Rechtsstaatsprinzips gewertet werden, hat die EU im vergangenen Jahr Polen einem sog. Rechtsstaatsverfahren unterzogen. Da dieses ohne den erhofften Erfolg blieb, geriet zunehmend eine Aktivierung des Artikels 7 EUV in den Fokus, der letztendlich zum Entzug des Stimmrechts des betroffenen Mitgliedstaates in den EU-Organen führen könnte. Der Artikel wurde vom früheren Kommissionspräsidenten Barroso als „nukleare Option“ bezeichnet.<sup>36</sup> Obwohl Ungarns Victor Orbán bereits angekündigt hatte, im Zweifelsfalle sein Veto gegen eine entsprechende Verurteilung Polens einlegen zu wollen, trieb der erste Kommissionsvize Frans Timmermans den Plan voran, durch die Einleitung des Verfahrens zumindest Zeichen zu setzen und die eigene Glaubwürdigkeit zu stärken. Sehr deutliche Rückendeckung für eine harte Gangart Warschau gegenüber erhielt Timmermans von der Bundeskanzlerin. So sehr sich Deutschland gute Beziehungen zu Polen wünsche, – so Angela Merkel am 29. August 2017 – „wir können da

---

34 Europäische Kommission: Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahre 2025 – Überlegungen und Szenarien, Brüssel 1. März 2017, in: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch\\_zur\\_zukunft\\_europas\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf), S. 3.

35 Vgl. Barnier, Michel / Motoc, Mihnea: Pour une défense européenne intégrée, in: *Le Monde* vom 29. August 2017.

36 Vgl. Barroso, José Manuel: State of the Union 2012 Address, Straßburg, 12. September 2012, in: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-12-596\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-596_en.htm).

nicht einfach den Mund halten“<sup>37</sup>. Nachdem Staatspräsident Andrej Duda die umstrittenen Reformgesetze weitgehend unverändert passieren ließ, beschloss die Kommission am 20. Dezember 2017 die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 7 gegen Polen wegen der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Nun hat die polnische Regierung letztmalig drei Monate Zeit, um die heimischen Missstände abzustellen. Es bleibt zu hoffen, dass Warschau nun endlich den Ernst der Lage erkennt.

Aus formalen Gründen wurde bisher nicht erwogen, auch Ungarn mit seinen ebenfalls problematischen Reformen einem Rechtsstaatsverfahren zu unterwerfen. Doch nachdem Victor Orbán das Urteil des EUGH zur Flüchtlingsverteilung vom 6. September 2017 als Rechtsbruch bezeichnete, sei der Rubikon überschritten, meinte Heribert Prantl und forderte auch gegen Ungarn ein Verfahren nach Artikel 7.<sup>38</sup> Ex-Kommissarin Viviane Reding schlägt vor, über die inzwischen gegen Ungarn und Polen eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren hinauszugehen und die beträchtlichen EU-Subventionen, die an Warschau und Budapest gehen, zu kürzen. Weil diese Länder ihre Methoden nicht ändern, schreibt sie, „müssen wir die unseren ändern [...] Es geht um unsere Glaubwürdigkeit“<sup>39</sup>. Entsprechende Überlegungen haben inzwischen Eingang in die Planungen des EU-Finanzrahmens 2020-2026 gefunden.<sup>40</sup>

Auch im Umgang mit der die Geduld der Europäer aufs Äußerste strapazierenden Türkei mehrten sich letzthin die Zeichen einer Kehrtwende. Ohne hier die Höhen und Tiefen der EU-Türkei-Beziehungen der letzten Jahre angemessen ausleuchten zu können, sei lediglich auf jüngste Entwicklungen verwiesen. Im Zuge des im März 2016 abgeschlossenen EU-Türkei-Abkommens zur Flüchtlingskrise wurde u. a. die Reaktivierung der Beitrittsverhandlungen verabredet. Doch angesichts der großangelegten Repressionsmaßnahmen, mit welcher die türkische Regierung auf den gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 reagierte, wurden diese Verhandlungen de facto wieder eingefroren. Ende Juli 2017 forderte Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, die Türkei auf, ihre Haltung zur Europäischen Union zu klären. „Es ist die Türkei, die eine Grundsatzentscheidung treffen muss“, sagte Hahn. Das Land müsse klarmachen, ob es die Beziehungen zur EU vertiefen und verbessern will. Wenn es dies wolle, müsse es das mit Taten

37 O. A.: Merkel: Können zu Lage in Polen „nicht einfach den Mund halten“, in: Zeit Online vom 29. August 2017, <http://www.zeit.de/news/2017-08/29/deutschland-merkel-koennen-zu-lage-in-polen-nicht-einfach-den-mund-halten-29113004>.

38 Vgl. Prantl, Heribert: Ex lex, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. September 2017.

39 Reding, Viviane: Frapper la Pologne et la Hongrie au portefeuille, in: Le Monde vom 6. September 2017.

40 Vgl. Stroobants, Jean-Pierre: Coup de semonce de l'UE contre Vasovie, in: Le Monde, 22. Dezember 2017.

belegen. „Absichtserklärungen sind zu wenig“<sup>41</sup>. Im August 2017 sagte Hahn der Süddeutschen Zeitung: „Ich glaube, es ist an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten diskutieren, welche strategischen Konsequenzen aus diesem Verhalten zu ziehen sind. Achselzucken alleine ist auf Dauer keine politische Strategie“<sup>42</sup>. Auch Kommissionspräsident Juncker ging Ende August 2017 hart mit der Türkei ins Gericht: „Die Türkei entfernt sich mit Riesenschritten von Europa“, sagte er. Dennoch blieb Juncker seiner Linie treu, Erdogan die Entscheidung zu überlassen, die Beitrittsverhandlungen abzubrechen „wenn er dies wünsche“<sup>43</sup>.

Der Streit um die Besuche deutscher Parlamentarier bei in der Türkei stationierten Bundeswehreinheiten, das Einmischen Erdogans in den bundesdeutschen Wahlkampf, die Verhaftung von mehr als 40 deutschen Staatsbürgern und zahlreiche türkische Verbalattacken auf deutsche Politiker haben zudem die deutsch-türkischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt abstürzen lassen. Und so kam es zu der überraschenden Festlegung der beiden Kandidaten für das Kanzleramt während ihres TV-Duells am 3. September 2017, einen offiziellen Abbruch der EU-Türkei-Beitrittsgespräche anzustreben. Das ist sowohl aus Sicht der Amtsinhaberin Angela Merkel als auch des SPD-Kandidaten Martin Schulz eine erstaunlich klare Festlegung, die mit tradierten Positionen bricht. Beiden Protagonisten dieses Kurses ist allerdings bekannt, dass nur der Europäische Rat einstimmig einen entsprechenden Abbruchsbeschluss treffen kann. Als Alternative käme auch eine Suspendierung der Beitrittsverhandlungen in Frage, die mit qualifizierter, also doppelter Mehrheit zu treffen wäre.<sup>44</sup> Für diese Lösung hatte bereits im November 2016 das Europäische Parlament mit großer Mehrheit gestimmt. Bei einem informellen Treffen der EU-Außenminister in Tallinn am 7. September 2017 jedenfalls wurde deutlich, dass das Gremium sich nicht vom deutschen Wahlkampf die Agenda diktieren lassen will.<sup>45</sup> Sowohl Macron als auch EU-Kommissar Oettinger und die Hohe Vertreterin Mogherini sprachen sich klar gegen einen Abbruch der Gespräche aus. Auch beim Oktobertreffen des Europäischen Rats konnte sich Angela Merkel nicht durchsetzen; die geschäfts-

---

41 O. A.: EU-Türkei-Gespräche. Absichtsbekundungen sind zu wenig, in: Zeit Online vom 25. Juli 2017, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/eu-tuerkei-gespraech-e-johannes-hahn-federica-mogherini-aussenminister-treffen>.

42 Brössler, Daniel: EU-Kommissar fordert neue Türkei-Politik, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. August 2017.

43 Brössler, Daniel / Schlötzer, Christiane: Willkommen am Tiefpunkt, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. September 2017.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Brössler, Daniel: Berlin mit Türkei-Plänen in der EU isoliert, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. September 2017.

führende Bundesregierung bemüht sich vielmehr Anfang 2018 um eine Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen.<sup>46</sup>

#### 4.2 Europäische Relance wagen: Wann, wenn nicht jetzt?

Unter dem immensen Druck der Ereignisse der letzten Jahre hat die EU-27 ansatzweise wieder Tritt gefasst. Wie dargelegt, können deutliche Anzeichen einer Wiederbelebung des europäischen Projekts beobachtet werden. Dies spiegelt sich auch in steigenden Zustimmungsraten zum vereinten Europa wider. So stiegen laut jüngsten Eurobarometer-Umfragen das Vertrauen in die EU zwischen September 2016 und April 2017 um 11 Prozent auf nun 47 Prozent an, während das Misstrauen um 8 Prozent auf immer noch hohe 46 Prozent sank. Vertrauenszuwächse im Zeitraum 2016-2017 erfuhr die EU quer durch die Union, auch in Europa-kritischen Staaten stiegen die Werte, so in Griechenland von 20 auf 27 Prozent, in der Tschechischen Republik von 29 auf 35 Prozent, im Vereinigten Königreich von 31 auf 40 Prozent. Besonders große Vertrauenszuwächse ergaben sich beispielsweise in Frankreich (von 26 auf 40 Prozent), in den Niederlanden (von 42 auf 64 Prozent) und in Deutschland (von 37 auf 57 Prozent).<sup>47</sup> Ein positives Image genießt die EU bei nunmehr 40 Prozent der Befragten, gegenüber 34 Prozent Anfang 2016. Optimistisch für die Zukunft der EU sind demnach 56 Prozent aller Befragten, gegenüber 50 Prozent ein Jahr zuvor, pessimistisch 38 Prozent; 2016 lag dieser Wert bei 44 Prozent).<sup>48</sup>

Auch eine Umfrage, die im Mai/Juni 2017 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde, belegt deutlich ansteigende Zustimmungsraten zur EU. In sieben der acht untersuchten EU-Mitgliedstaaten wünschen sich die Bürger künftig mehr Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Die Werte sind mit 79 Prozent in Deutschland am höchsten, aber auch 74 Prozent der Spanier, 68 Prozent der Slowaken und 65 Prozent der Italiener sind für mehr Zusammenarbeit. Mit 41 Prozent erzielt die Tschechische Republik hier den schlechtesten Wert, gefolgt von Schweden (47 Prozent), den Niederlanden (48 Prozent) und Frankreich (58 Prozent). Am Aufschlussreichsten sind wohl die Antworten auf die Frage nach den Vor- und Nachteilen der EU-Mitgliedschaft bzw. die hier seit 2015 zu verzeichnenden Veränderungen. Auf die Frage: „Überwiegen aus Ihrer

---

46 Vgl. Szymanski, Mike: Türkei will Verhältnis zu Deutschland normalisieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 2018.

47 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Special Eurobarometer 461. Designing Europe's future, Brüssel 2017.

48 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Standard Eurobarometer 87. Public opinion in the European Union, Brüssel 2017.

Sicht die Vorteile [der EU-Mitgliedschaft Ihres Landes]“, stiegen die bejahenden Antworten in Deutschland von 34 auf 64 Prozent, in Spanien von 44 auf 59 Prozent. Im Durchschnitt der acht untersuchten EU-Staaten ergab sich ein Anstieg um 16 Prozent von 28 auf 44 Prozent; für dieses insgesamt mittelmäßige Ergebnis zeichnen die sehr Europa-skeptischen Tschechen, aber auch die Italiener und Franzosen verantwortlich. Bemerkenswert ist schließlich auch das hohe Vertrauen, das die befragten EU-Bürger Deutschland und Frankreich entgegenbringen; 67 Prozent haben „großes“ oder „sehr großes Vertrauen“ in Deutschland, und 60 Prozent in Frankreich. Letzteres bedeutet ein Plus von acht Prozent, das der Wahl Macrons geschuldet ist.<sup>49</sup> „Insgesamt gesehen bieten die Befunde [...] Anlass zur Hoffnung“<sup>50</sup> lautet die wichtigste Botschaft der Umfrage.

Einen Stimmungswechsel zugunsten des integrierten Europas markieren auch die von zigtausenden EU-Bürgern getragenen pro-europäischen Bewegungen wie „Stand up for Europe“ und „Pulse of Europe“, die in den letzten Monaten zahlreiche Städte mit dem blauen Sternenbanner überzogen haben.

Daher konnte Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017 verkünden: „Europa hat wieder Wind in den Segeln [...] lassen Sie uns den Wind in unseren Segeln nutzen“<sup>51</sup>. In der Rede entwarf er ehrgeizige Ziele für eine geschlossene EU-27 post-Brexit, indem er den Euro in der gesamten EU einführen und Schengen auf alle 27 Mitglieder ausdehnen will. Damit ist eine deutliche Botschaft dieser Rede, dass Juncker sich klar gegen deutsch-französische Pläne für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten positioniert.<sup>52</sup> Als der Einheit und Geschlossenheit der gesamten EU verpflichteter Kommissionspräsident muss er das tun. Insgesamt suggeriert Juncker: Schon lange standen die Chancen nicht mehr so gut, um eine Erneuerung EU-Europas zu wagen, sie anzupacken und zu verwirklichen. Wann, wenn nicht jetzt? Oder in Junckers Worten: „Lasst uns die Leinen losmachen, die Segel setzen und jetzt den günstigen Wind nutzen.“<sup>53</sup> In dieser Rede sprach Juncker auch über das von ihm präferierte „sechste Szenario“ für die Zukunft Europas: das einer geeinten und ehrgeizigen EU der siebenundzwanzig, die im gleichen Tempo voranschreitet.<sup>54</sup>

---

49 Vgl. Hilmer, Richard: Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit, Eine repräsentative Acht-Länder-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, durchgeführt von policy matters, Berlin 2017, S. 18.

50 Ebd., S. 22.

51 Juncker, Jean-Claude: Rede zur Lage der Union: Den Wind in unseren Segeln nutzen, Straßburg 13. September 2017.

52 Vgl. ebd.

53 Ebd.

54 Vgl. ebd.

Doch monatelang vermieste ausgerechnet Deutschland der EU die Aufbruchsstimmung und verhinderte, dass die EU die momentan günstige Wetterlage für einen Erneuerungs-Segeltörn nutzen kann. Zwar sind aus europapolitischer Sicht dem Scheitern der arg zeitintensiven Sondierungsgespräche zu einer Jamaika-Koalition durchaus auch positive Aspekte abzugewinnen; denn keineswegs zu Unrecht hatte Emmanuel Macron im Vorfeld der Bundestagswahl orakelt: Sollte Angela Merkel mit den Liberalen koalieren, dann sei er tot („Si elle s’allie avec les libéraux, je suis mort“<sup>55</sup>). Danach war der Weg zu einem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD erneut mühsam, konnte aber am 7. Februar 2018 abgeschlossen werden. Ob erneut eine große Koalition unter Kanzlerin Merkel zustande kommt, hängt nun vom SPD-Mitgliederentscheid ab. Insgesamt jedoch ist es höchste Zeit, dass Deutschland wieder über eine handlungsfähige und europapolitisch tatkräftige Regierung verfügt. Denn wie von Juncker vorausgesagt, sind europapolitische Schönwetterphasen meist nur von kurzer Dauer. Und in der Tat braut sich mit den virulenten katalanischen und anderen regionalistischen Separatismen, mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten in Österreich und Tschechien, mit sich weiter zuspitzenden internationalen Krisen und Auflösungserscheinungen der internationalen Ordnung erneut Ungemach über der EU zusammen. Die neue Bundesregierung ist daher dringend aufgerufen, sich ihrer europapolitischen Verantwortung umfassend zu stellen, damit die EU im nun angebrochenen Schicksalsjahr 2018 ihre Konsolidierung besiegeln und ihre Erneuerung anpacken kann.

### Literaturverzeichnis

- Barnier, Michel / Motoc, Mihnea: Pour une défense européenne intégrée, in: Le Monde vom 29. August 2017.
- Barroso, José Manuel: State of the Union 2012 Address, Straßburg, 12. September 2012, in: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-12-596\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-596_en.htm) (Zugriff: 9.2.2018).
- Brössler, Daniel / Kirchner, Thomas: Eigentlich wunderbar, in: Süddeutsche Zeitung vom 17./18. September 2016.
- Brössler, Daniel / Mühlauer, Alexander: Entzweiende Pläne, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Dezember 2017.
- Brössler, Daniel / Schlötzer, Christiane: Willkommen am Tiefpunkt, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. September 2017.
- Brössler, Daniel: Berlin mit Türkei-Plänen in der EU isoliert, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. September 2017.

---

55 Macron, Emmanuel, zitiert nach: Lemaître, Frédéric: Une coalition CDU-Parti libéral: le cauchemar de Macron, in: Le Monde vom 8. September 2017.

- Brössler, Daniel: Das Zauberwort aus Brüssel, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. September 2016.
- Brössler, Daniel: EU-Kommissar fordert neue Türkei-Politik, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. August 2017.
- Brössler, Daniel: Tusk schreibt der EU einen Brandbrief, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. September 2016.
- Bulmer, Simon / Paterson, William: Germany's European role. Germany as the EU's reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints, in: Journal of European Public Policy, Jg. 20, Heft 10 (2013), S. 1387-1405.
- Bundesministerium der Verteidigung: Erneuerung der Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Deutsch-französische Verteidigungsinitiative, Berlin 12. September 2016.
- Deutsch-französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat: Schlussfolgerungen, Paris 13. Juli 2017, in: Deutsch-Französischer Ministerrat, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2017/07/2017-07-13-abschlusserklaerung-d-f-ministerrat.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2017/07/2017-07-13-abschlusserklaerung-d-f-ministerrat.pdf?__blob=publicationFile), S. 24-29 (Zugriff: 5.12.2017).
- Europäische Kommission (Hrsg.): Special Eurobarometer 461. Designing Europe's future, Brüssel 2017.
- Europäische Kommission (Hrsg.): Standard Eurobarometer 87. Public opinion in the European Union, Brüssel 2017.
- Europäische Kommission: Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahre 2025 – Überlegungen und Szenarien, Brüssel 1. März 2017, in: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch\\_zur\\_zukunft\\_europas\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf) (Zugriff: 5.12.2017).
- Europäischer Rat (Hrsg.): Die Erklärung von Rom. Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, 25. März 2017, in: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25/rome-declaration/> (Zugriff: 5.12.2017).
- Europäischer Rat: Erklärung von Bratislava und Bratislava-Fahrplan, Bratislava 16. September 2016, in: <http://www.consilium.europa.eu/media/21232/160916-bratislava-declaration-and-roadmap-de.pdf> (Zugriff: 5.12.2017).
- Europäischer Rat: Schlussfolgerungen, EUCO 8/17, Brüssel 23. Juni 2017, in: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8-2017-INIT/de/pdf> (Zugriff: 5.12.2017).
- European Council (Hrsg.): Letter from President Donald Tusk before the Bratislava summit, Brüssel 13. September 2016, in: <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/09/13/tusk-invitation-letter-bratislava/#> (Zugriff: 5.12.2017).
- Fischer, Joschka: Der Geist von Trudering. Trump stellt den Westen in seiner bisherigen Form infrage. Jetzt muss sich Deutschlands Rolle in Europa ändern, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. September 2017.
- Fischer, Joschka: Scheitert Europa? Köln 2014.
- Greubel, Johannes: Jahresendspurt in Brüssel. Der Europäische Rat zwischen Brexit und Aufbruch, in: mainEUropa, Blog vom 20. Dezember 2017, <https://maineuropa.de/jahresendspurt-in-bruessel-pesco-brexit-migration-europaeischer-rat-eurozone-macron-tusk-merkel> (Zugriff: 2.1.2018).

- Hilmer, Richard: Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit, Eine repräsentative Acht-Länder-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, durchgeführt von policy matters, Berlin 2017.
- Iso-Markku, Tuomas / Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Towards German leadership? Germany's evolving role in European security and defence, in: German Politics (*erscheint 2018*).
- Juncker, Jean Claude: Rede zur Lage der Union: Den Wind in unseren Segeln nutzen, Straßburg 13. September 2017.
- Juncker, Jean Claude: Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, Straßburg 14. September 2016.
- Kauffmann, Sylvie: Populisme: le grand recul, in: Le Monde vom 17. Juni 2017.
- Klein, Julia: Europapopulismus – ein genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext?, in: integration, Jg. 39, Heft 4 (2016), S. 283-303.
- Kundnani, Hans: The Paradox of German Power, Oxford 2015.
- Lemaître, Frédéric: Une coalition CDU-Parti libéral: le cauchemar de Macron, in: Le Monde vom 8. September 2017.
- Lequesne, Christian: Paris et Berlin doivent faire mutuellement des concessions pour relancer l'Europe politique, in: Le Monde vom 12. Juli 2017.
- Leuffen, Dirk / Rittberger, Berthold / Schimmelfennig, Frank: Differentiated Integration. Explaining Variation in the European Union, Basingstoke 2013.
- Melcher, Michael: Awkwardness and Reliability. Die britische Europapolitik von 1997 bis 2013, Marburg 2014.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela / Rüger, Carolin: Die Außenpolitik der EU, Berlin / Boston 2015.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Blau, weiß, tot. Welche selbstmörderischen Kräfte treiben die etablierten französischen Parteien eigentlich an?, in: IPG vom 31. März 2017, <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/frankreich-vor-der-zaesur/artikel/detail/blau-weiss-tot-1956/> (Zugriff: 5.12.2017).
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Ein Wendepunkt für die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Die EU beschließt eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, in: mainEUropa, Blog vom 5. Dezember 2017, <https://maineuropa.de/ein-wendepunkt-fuer-die-eu-sicherheits-und-verteidigungspolitik> (Zugriff: 2.1.2018).
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: EU-Europa darf nicht scheitern – Besinnt Euch, Bürger!, 22. Februar 2016, in: <https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/frontdoor/index/index/docId/12727> (Zugriff: 5.12.2017).
- Neuss, Beate: Der „gütige Hegemon“ und Europa. Die Rolle der USA bei der europäischen Einigung, in: Meier-Walser, Reinhard C. / Rill, Bernd (Hrsg.): Der europäische Gedanke. Finalität und Hintergrund, München 2001, S. 155-167.
- Neuss, Beate: Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im Europäischen Integrationsprozeß 1945-1958, Baden-Baden 2000.
- O. A.: EU-Türkei-Gespräche. Absichtsbekundungen sind zu wenig, in: Zeit Online vom 25. Juli 2017, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/eu-tuerkei-gespraech-johannes-hahn-federica-mogherini-aussenminister-treffen> (Zugriff: 5.12.2017).
- O. A.: Merkel für Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 2017.

- O. A.: Merkel: Können zu Lage in Polen „nicht einfach den Mund halten“, in: Zeit Online vom 29. August 2017, <http://www.zeit.de/news/2017-08/29/deutschland-merkel-koennen-zu-lage-in-polen-nicht-einfach-den-mund-halten-29113004> (Zugriff: 5.12.2017).
- Prantl, Heribert: Ex lex, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. September 2017.
- Reding, Viviane: Frapper la Pologne et la Hongrie au portefeuille, in: Le Monde vom 6. September 2017.
- Schulz, Martin: Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance, Berlin 2013.
- Steinmeier, Frank-Walter / Ayrault, Jean-Marc: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, 27. Juni 2016, in: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/160624-bm-am-fra-st/281698> (Zugriff: 5.12.2017).
- Stratenschulte, Eckart (Hrsg.): Heilsame Vielfalt, Baden-Baden 2014.
- Stroobants, Jean-Pierre: Coup de semonce de l'UE contre Varsovie, in: Le Monde vom 22. Dezember 2017.
- Szymanski, Mike: Türkei will Verhältnis zu Deutschland normalisieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 2018.
- Van der Bellen, Alexander: Rede vor dem Europäischen Parlament, Straßburg 14. Februar 2017, in: [http://www.bundespraesident.at/fileadmin/user\\_upload/Interview-pdfs/170214\\_Rede\\_EP\\_korrigiert.pdf](http://www.bundespraesident.at/fileadmin/user_upload/Interview-pdfs/170214_Rede_EP_korrigiert.pdf) (Zugriff: 5.12.2017).
- Winter, Martin: Das Ende einer Illusion. Europa zwischen Anspruch, Wunsch und Wirklichkeit, München 2015.
- Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Mögliche sicherheits- und verteidigungspolitische Auswirkungen des sogenannten „Brexit“ auf die Europäische Union und auf Deutschland, Ausarbeitung WD 2 - 3000 - 093/16, Berlin 2016, in: <https://www.bundestag.de/blob/437604/20b54421814ed7f586267da40ed9a03f/wd-2-093-16-pdf-data.pdf> (Zugriff: 5.12.2017).



# Scheitert der Euro, dann scheitert Europa<sup>1</sup>

*Elke Thiel*

## 1 Vorbemerkung und Überblick

Die europäische Integration ist eine einmalige, historische Leistung. Jahrhunderte alte Gegensätze zwischen den europäischen Völkern wurden durch eine friedliche und für alle Beteiligten vorteilhafte Zusammenarbeit beigelegt. Der sechzigste Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge sollte Anlass geben, sich zurückzuerinnern: Wie sähe Europa ohne die europäische Integration aus? Die Frage ist nicht abwegig, wenn man sich den Zuwachs rechts-populistischer Parteien vor Augen hält, die einen Austritt aus der Union propagieren. Präsident Putin lehnt die europäische Einigung ab und scheint für sein Land eine europäische Machtposition anzustreben, die an die Rolle Russlands im Konzert der einstigen europäischen Großmächte erinnert.

Im Jubiläumsjahr 2017 kann die Union nicht nur vergangene Erfolge feiern. Sie muss sich auch mit ihren Krisen auseinandersetzen. Krisen hat es in der europäischen Integration immer wieder gegeben. Sie waren oftmals Ansporn zur Erneuerung. Dieses Mal könnte es anders sein: Die Eurokrise hat sich beruhigt, ist aber nicht überwunden. Sie war nur der Anfang einer integrationspolitischen Krise, die immer größere Kreise zieht. Die „Flüchtlingskrise“ hat gezeigt, wie brüchig die Regelungen für den Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EU und zur Sicherung der EU-Außengrenzen sind (Asylpolitik). Mit dem Brexit wird zum ersten Mal der Austritt eines Mitgliedstaates aus der EU verhandelt. Die Erwartung, dass die Verankerung in der Europäische Union die Mitgliedstaaten davon abhalten würde, eine Politik zu verfolgen, die mit europäischen Werten nicht zu vereinbaren ist, hat sich als zu optimistisch erwiesen. In Ungarn und Polen sind Regierungen an der Macht, die ganz offen gegen europäische Grundsätze verstoßen. In den Niederlanden erreichten die Rechtspopulisten unter Geert Wilders in den Parlamentswahlen im März 2017 die zweithöchste Stim-

---

1 Bundesregierung (Hrsg.): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zu den Euro-Stabilisierungsmaßnahmen, vom 19. Mai 2010, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/Archiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2010/2010-05-19-merkel-erklaerung-eu-stabilisierungsmassnahmen.html>.

menzahl. Der Sieg von Emmanuel Macron über Marine Le Pen in der Stichwahl für die französische Präsidentschaft am 5. Mai 2017 wurde mit Erleichterung aufgenommen.

Ausgangspunkt dieses Beitrages (Kap. 2) sind die Worte der Bundeskanzlerin: „*Scheitert der Euro, dann scheitert Europa*“. Der Euro ist Kernstück der Integrationsvertiefung und *nach* dem Euro wird nicht *vor* dem Euro sein! Man könnte den Satz auch umdrehen: Der Euro fußt auf dem Binnenmarkt mit den dazu gehörenden Gemeinschaftspolitiken, den EU-Regional- und Strukturfonds und dem europäischen Rechtsraum. Die nachlassende Bereitschaft, das Ziel der europäischen Einigung zu unterstützen, bedroht auch den Euro! Wie gut (oder schlecht) die 19 Eurostaaten in der EU-27 zusammenarbeiten, ist nicht ohne Wirkung auf ihre Zusammenarbeit im Euroraum – wie auch umgekehrt!

Im Folgenden werden zunächst die großen integrationspolitischen Entwicklungslinien aufgezeigt, die die heutige Union geprägt haben: Die Erfolge der „*Ever Closer Union*“ und der Zusammenarbeit von *Deutschland und Frankreich* (Kap. 3/ 4). Die *Erweiterung* der Union, die mit einer *Vertiefung* der Integration einherging (Kap. 5), die aber auch die Union selbst stark verändert hat: *Heterogenität der EU-27* (Kap. 6). Die Tendenz, europapolitische Entscheidung vorrangig unter nationalen Nutzenkalkülen zu treffen, hat sich verstärkt. Die Austrittsklausel im Lissabon-Vertrag stellt das europäische Einigungsziel als gemeinsames Band zur Disposition. Formen differenzierter Integration behindern die Integrationsdynamik.

Die Wirtschaftspolitik bleibt auch mit dem Euro in der Hand der Mitgliedstaaten: *Währungsunion ohne Wirtschaftsregierung* (Kap. 7). Das wirtschaftspolitische Koordinierungs-*Gebot* ist ein „soft power“-Instrument. Der Euro kann auf Dauer nur Bestand haben, wenn die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Regierungen – aus eigener Überzeugung – die Maßnahmen ergreifen, die für den Zusammenhalt der Eurozone erforderlich sind. *Beruhigt, nicht überwunden* (Kap.8): Die Divergenzen im Euroraum sind immer noch groß. Ein Europäischer Währungsfonds *könnte* der Koordinierung im Euroraum mehr Nachdruck verleihen.

*Europa mit einer Stimme* (Kap. 9) ist das Einigungsmotiv, das der Union neue Kraft geben soll. Die Herausforderungen sind groß, nicht zuletzt in der unmittelbaren Nachbarschaft. Sie auszuführen, würde den Rahmen dieses Beitrages überschreiten. Was sich abzuzeichnen scheint, ist eine gewisse Integrationsdynamik im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit).

## 2 Scheitert der Euro...

Die Worte, mit denen die Bundeskanzlerin auf dem Höhepunkt der Eurokrise um die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum europäischen Stabilitätsmechanismus warb, waren alarmierend. Der Euro sollte der Schlüssel für die Schaffung einer Politischen Union sein, die die europäische Einigung unumkehrbar machen würde. Und er sollte das wiedervereinigte Deutschland fest in der europäischen Einigung verankern.

Auslöser der Eurokrise war die amerikanische Hypothekenkrise, die sich zu einer globalen Finanzkrise ausgeweitet hatte. Nach der Schließung des Bankhauses Lehman Brothers waren einige hochverschuldete Eurostaaten ins Blickfeld der Finanzmärkte geraten. Das Konvergenzkriterium des Maastricht-Vertrages, das die öffentlichen Haushaltsdefizite auf 3 Prozent des Bundesinlandproduktes (BIP) begrenzt, war nach der Euro-Einführung nicht eingehalten worden. Mitgliedstaaten, die zuvor für die schwächere eigene Währung relativ hohe Zinsen aufbringen mussten, profitierten von den niedrigeren Eurozinsen,<sup>2</sup> die zur Kreditaufnahme anregten. Die Immobilienmärkte boomten, und als der Boom zusammenbrach, saßen die Banken auf „faulen“ Krediten. Die öffentliche Hand schoss Geld zu, was vor allem in Irland, Spanien und Zypern zum Anwachsen der Staatsschulden beitrug.

Mit dem Übergreifen der globalen Finanzkrise auf den Euroraum verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen der betroffenen Staaten zusehends. Immer weitere Schuldnerstaaten wurden von der Krise erfasst. Von der Krise betroffen war praktisch auch das gesamte europäische Bankensystem, darunter die deutschen Großbanken, die den Immobilienboom und die steigenden Staatsschulden mitfinanziert hatten. Im Mai 2010 hatte sich die Situation derartig zugespitzt, dass zu befürchten war, „eine weitere Eskalation der Lage würde nicht nur die Zahlungsfähigkeit dieser Staaten gefährden, sondern eine ernste Gefahr für die Finanzstabilität der Währungsunion insgesamt nach sich ziehen“<sup>3</sup>. Damit war nicht nur das Verbleiben einzelner Krisenstaaten im Euroraum, sondern auch der Bestand des Euro selbst bedroht.

---

2 Für Deutschland brachte der Übergang von der D-Mark zum Euro keine Zinsvorteile. Während der restliche Euroraum boomte, stagnierte die Wirtschaft. Das änderte sich erst mit den Reformen der Agenda 2010, die im März 2003 von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitet wurden.

3 Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus, Drucksache 17/1740, 19. Mai 2010, in: [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29826227\\_kw20\\_de\\_stabilisierungsmechanismus/201760](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29826227_kw20_de_stabilisierungsmechanismus/201760).

Um die um sich greifenden Spekulationen gegen das Eurosystem zu beruhigen, wurde temporär die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) eingeführt. Sie wurde durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als dauerhafte Institution abgelöst, der im Oktober 2012 seine Arbeit aufnahm. Mit den Rettungsschirmen hat sich die Situation im Euroraum stabilisiert. Irland, Spanien und Portugal kehrten 2014 an die Finanzmärkte zurück, Zypern 2016. Griechenland bereitet sich darauf vor, nach dem Auslaufen des dritten Kreditprogramms im August 2018 vom Rettungsfonds unabhängig zu werden, und hat im Juli 2017 eine erste Kapitalmarktanleihe platziert.

Würde mit dem Euro auch Europa scheitern? „Nach“ dem Euro wird jedenfalls nicht so wie „vor“ dem Euro sein. Der Euro entstand aus der Integrationsdynamik des Binnenmarktes 1992, die er dann selbst weiter verstärkte. Die Eurokrise ist Teil einer um sich greifenden integrationspolitischen Krise; ein Scheitern des Euro wäre ein Schock mit unübersehbaren Folgen; eine gut funktionierende europäische Währung ein starkes Band für den Zusammenhalt in der Union. Wird der Euro aufgegeben, würde das ein Zeichen dafür setzen, dass die Integration, die lange als unumkehrbar galt, nicht mehr unumkehrbar ist.

### 3 „The Ever Closer Union“

Nach zwei Weltkriegen versprach die Einigung Europa Frieden zu bringen; der Gedanke begeisterte die Menschen. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, dass die von Winston Churchill in der historischen Züricher Rede vom September 1946 geforderten „Vereinigten Staaten von Europa“ jedenfalls *nicht* auf dem Verfassungsweg zu erreichen waren. Der Haager Kongress der Europa-Bewegung im Mai 1948 hatte dies ebenso deutlich gemacht wie das Scheitern des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der eine Europäische Politische Gemeinschaft folgen sollte.<sup>4</sup> Der Ausweg aus dieser schwierigen Lage war das Konzept Jean Monnets, mit der Integration der Märkte zu beginnen. Durch die Öffnung der Grenzen – so der Grundgedanke – würde eine wirtschaftliche Verflechtung entstehen, bei der Kriege nicht mehr möglich sein würden. Die wirtschaftliche Integration sollte Vertrauen schaffen und politische Integrationsschritte nach sich ziehen.

Am 25. März 1957 wurden auf dem römischen Kapitol die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) unterzeichnet. Das für die weitere Inte-

---

4 Der EVG-Vertrag wurde im Mai 1952 zwischen den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschlossen. Im August 1954 beschloss die französische Nationalversammlung, den Vertrag nicht zu behandeln.

grationsentwicklung maßgebliche Vertragswerk ist der EWG-Vertrag. Er wurde insgesamt fünf Mal an den inzwischen erreichten wirtschaftlichen und politischen Integrationsstand angepasst, zuletzt durch den Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat. Der mit dem Maastricht-Vertrag eingeführte Name „Europäische Union“ soll zeigen, wie weit die europäische Einigung über den im EWG-Vertrag gesetzten Rahmen hinausgewachsen ist.

Die „Ever Closer Union“ war der Weg und das Ziel. Über die Finalität der europäischen Einigung gab es zwischen den Gründerstaaten und gibt es auch heute in der Europäischen Union keine klaren und schon gar keine gemeinsamen Zielvorstellungen. Das Monnet-Konzept hat die europäische Einigung sehr weit vorangebracht. Mit fortschreitender wirtschaftlicher Integration wurden neue Bereiche der Zusammenarbeit erschlossen und die EG-Institutionen entsprechend weiterentwickelt. Im Juni 1979 wurde das Europäische Parlament zum ersten Mal von der Bevölkerung direkt gewählt. Am 1. Juli 1987 trat mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) die erste grundlegende Vertragsrevision in Kraft. Sie schuf die Voraussetzungen für den Binnenmarkt 1992, nicht zuletzt durch die verstärkte Anwendung von Mehrheitsentscheidungen im Rat. Neue Politikbereiche wurden in den Vertrag aufgenommen, darunter die Regional- und Strukturpolitik sowie ein neuer Vertragsteil über die Europäische Politische Zusammenarbeit, die sich – zunächst außerhalb des EWG-Vertrages – zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Außenpolitik entwickelt hatte.

Die weitgehendste Vertragsrevision ist der Vertrag über die Europäische Union. Er wurde im Dezember 1991 in Maastricht vom Europäischen Rat angenommen und trat nach Abschluss der Ratifizierungsverfahren am 1. November 1993 in Kraft. Unmittelbarer Anlass war die Einführung des Euro, die einen neuen Vertrag erforderte. Parallel zu den WWU-Vertragsverhandlungen wurde in einer zweiten Regierungskonferenz über die Politische Union (PU) verhandelt. Der Maastricht-Vertrag bestätigt und stärkt das politische Integrationsziel: Er stärkt die Rolle der Gemeinschaftsinstitutionen, insbesondere die Rechte des Europäischen Parlaments, und legt (in der zweiten und dritten Säule) die vertraglich-institutionellen Bestimmungen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres fest, die im Rahmen des zunächst außerhalb des Vertrages geschlossenen Schengen-Abkommens entstanden war. Die Vertragsbestimmungen wurden in den Verträgen von Amsterdam (1999), Nizza (2003) und Lissabon (2009) weiterentwickelt, d.h. dem angepasst, was inzwischen zwischen den Mitgliedstaaten konsensfähig war und sich in der Praxis herausgebildet hatte.

Dem Vertrag von Lissabon ging der „Vertrag über eine Europäische Verfassung“ voraus. Der Entwurf wurde von einem Verfassungskonvent ausgearbeitet, an dem Vertreter der nationalen Regierungen, der EU-Kommission *sowie* Abge-

ordnete des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente beteiligt waren. Alle vorhergehenden Vertragsrevisionen waren „hinter verschlossenen Türen“ ausgehandelt worden. Der Konvent war ein integrationspolitisches Novum: Mit ihm „sollte die EU einen großen Schritt in Richtung post-nationaler Staatlichkeit tun“<sup>5</sup>. Der Konvent-Entwurf wurde von der nachfolgenden Regierungskonferenz beschlossen und der Vertrag im Oktober 2004 unterzeichnet. Am 29. Mai 2005 lehnte die Bevölkerung in Frankreich und am 1. Juni in den Niederlanden mit einem „Nein“ von 54,7 bzw. 61,6 Prozent den Verfassungsvertrag ab. Die Ablehnungsgründe saßen tief und waren nicht durch einfache Vertragskorrekturen zu beheben: Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation im eigenen Land, mit der „neoliberalen“ Politik der EU und Globalisierungsängste.<sup>6</sup>

Der Lissabon-Vertrag kam nur durch große Vermittlungsanstrengungen der deutschen Präsidentschaft (1. Halbjahr 2007) zustande. Er übernimmt wesentliche Bestandteile des Verfassungsvertrages; gestrichen wurden u. a. alle Symbole einer europäischen Staatlichkeit. Er dürfte die vorerst letzte große Vertragsrevision sein. Ein „Aufschnüren“ würde das Tor für Sonderwünsche und Ausnahmeregelungen öffnen – eine Befürchtung, die auch mit Blick auf die Brexit-Verhandlungen besteht. Eingeführt wurde ein „vereinfachtes Änderungsverfahren“ für die „internen Politiken und Maßnahmen der Union“, die im dritten Teil des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geregelt sind. Die Änderungsbeschlüsse dürfen jedoch „nicht zu einer Ausdehnung der der Union im Rahmen der Verträge übertragenen Zuständigkeiten führen“ (Art. 48, 6 EUV).

#### **4 Deutschland und Frankreich in der europäischen Integration**

Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich war das zentrale Motiv des Schuman-Plans und die deutsch-französische Annäherung war auch später häufig „Motor“ der Integration. Es war oftmals ein Sich-Aufeinander-Zubewegen von zunächst eher gegensätzlichen Positionen: Die Gründung der Montanunion (1952) – mit der Hohen Behörde als supranationale Institution – war für Frankreich ein indirekter Weg, um den Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Für die noch junge

---

5 Weidenfeld, Werner: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: ders. / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 14. Auflage, Baden-Baden 2016, S. 39.

6 Vgl. Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: integration, Jg. 28, Heft 3 (2005), S. 187-200.

Bundesrepublik war die gleichberechtigte Mitgliedschaft in einer europäischen Organisation ein Schritt in die Souveränität<sup>7</sup>. Im Januar 1963 unterzeichneten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

Auch die Entwicklung, die dann zum Euro führte, begann mit der Annäherung von Deutschland und Frankreich: Im Juli 1978 beschloss der Europäische Rat in Bremen auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS). Nach einer längeren Phase der Abwertung, die der französischen Wirtschaft keine Wettbewerbsvorteile gebracht, sondern die Inflation vorangetrieben hatte, erwartete die französische Regierung, durch die Bindung des Franc an die D-Mark währungspolitische Stabilität zurückzugewinnen. Der deutsche Bundeskanzler betrachtete das wirtschaftspolitische Umdenken in Frankreich als politische Chance, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu stärken und der europäischen Integration neue Anstöße zugeben.

In den ersten Jahren des EWS mussten die Leitkurse noch häufig angepasst werden. Ab Mitte der 1980er Jahre wurden Kursanpassungen immer seltener. Die Inflationsraten sanken und auch die Haushaltsdefizite wurden zurückgeführt. Die Stabilitätserfolge in allen EWS-Teilnehmerstaaten leiteten eine Debatte darüber ein, wie das Festkurssystem institutionell weiterentwickelt werden könnte. Der Vorschlag des deutschen Außenministers, Hans-Dietrich Genschers, „einen europäischen Währungsraum und eine Europäische Zentralbank“ zu schaffen, gab der Debatte eine neue Richtung.<sup>8</sup> Eine Europäische Zentralbank entsprach dem Wunsch Frankreichs, bei geldpolitischen Entscheidungen mitzuwirken; sie sollte so verfasst sein, wie die Deutsche Bundesbank, und entsprach damit zugleich auch deutschen Stabilitätsgrundsätzen.<sup>9</sup>

Die deutsche und französische Regierung – unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand – arbeiteten eng zusammen, um dem Vorhaben zum Durchbruch zu verhelfen, nicht zuletzt gegen den Widerstand der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Im Juni 1988 beauf-

---

7 Erst mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik ein voll souveräner Staat.

8 Genscher-Memorandum vom 26. Februar 1988. Da für Währungsfragen das Finanzministerium zuständig ist, wurde das Memorandum von Genscher persönlich und nicht in seiner Funktion als Außenminister verfasst. Zur Entstehungsgeschichte der EWWU vgl. Schönfelder, Wilhelm / Thiel, Elke: Ein Markt – Eine Währung. Die Verhandlungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 2. aktualisierte Auflage, Baden-Baden, 1996.

9 Vgl. Thiel, Elke: Der Weg zum Euro. Politische Hintergründe der Entstehung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Wenzel, Heinz-Dieter (Hrsg.): Integration und Transformation in Europa, Forschungsforum: Berichte aus der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Heft 9 (1999), S. 45-52.

tragte der Europäische Rat in Hannover einen Ausschuss unter Vorsitz des damaligen Kommissionspräsidenten, Jacques Delors, mit der Ausarbeitung des Konzeptes. Der Delors-Bericht wurde im Juni 1989 vom Europäischen Rat in Madrid angenommen und der Beginn der ersten WWU-Stufe am 1. Juli 1990 beschlossen. Zugleich sollte die Vorbereitung der Vertragsverhandlungen, die für die zweite und dritte Stufe notwendig waren, unverzüglich beginnen. Im Dezember 1989 legte der Europäische Rat in Straßburg fest, dass die WWU-Regierungskonferenz auf Einladung der italienischen Präsidentschaft (2. Halbjahr 1990) zusammentreten sollte.

Die sich nach der Öffnung der Berliner Mauer am November 1989 immer deutlicher abzeichnende deutsche Einheit wurde bei den europäischen Partnern nicht ohne Skepsis gesehen. Auch in dieser Situation arbeiteten die deutsche und französische Regierung zusammen. In einer gemeinsamen Botschaft an die irische Präsidentschaft bekräftigten Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl die Auffassung, „dass es angesichts der tiefgreifenden Umwälzungen in Europa und der Fortschritte bei der Herstellung des Binnenmarktes und der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion notwendig sei, den politischen Ausbau der Gemeinschaft zu beschleunigen“<sup>10</sup>, und schlugen für den Europäischen Rat in Dublin (April 1990) die Einberufung der Regierungskonferenz über die Politische Union vor.

Die These, dass der Euro – bzw. die Aufgabe der D-Mark – der Preis für die Wiedervereinigung war, entspricht den zeitlichen Abläufen nicht. Doch dass die deutsche Einigung mit einer Vertiefung der europäischen Einigung einherging, festigte das Vertrauen, dass das geeinte Deutschland ein verlässlicher Partner sein werde. Für Deutschland, in der historisch belasteten Mittellage, ist die europäische Einigung ein zentrales politisches Ziel. Die – auch von „leichtfertigen“ Medienberichten – in der Schuldenkrise verbreitete Perzeption einer „deutschen Hegemonie“ beunruhigt umso mehr!

Der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen hat gezeigt, dass eine Mehrheit der Wähler ihre Zukunft in der Europäischen Union sieht. Präsident Macron hat die Stärkung Europas, insb. der Eurozone, und die deutsch-französische Zusammenarbeit zu zentralen Anliegen seiner Regierungspolitik gemacht. Er hat wirtschaftliche Reformen eingeleitet, die – wenn erfolgreich – Maßstäbe für andere Eurostaaten setzen könnten. Auch die rüstungswirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wurde neu belebt.

---

10 Schönfelder / Thiel, Ein Markt – Eine Währung, S. 91f.

## 5 Erweiterung *und* Vertiefung

„Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden“ (Art. 237 EWGV).<sup>11</sup> Die europäische Einigung sollte nicht auf die sechs Gründungsstaaten beschränkt sein und sie sollte nicht mit den Zielen des EWG-Vertrags enden.<sup>12</sup> Vertiefung und Erweiterung waren das erklärte Ziel der Staats- und Regierungschefs der Sechser-Gemeinschaft beim Haager Gipfeltreffen im Dezember 1969. Sie kamen überein, dass die Übergangszeit für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vollendet sei, bekräftigten ihre Absicht, den europäischen Einigungsprozess fortzusetzen und beschlossen die Aufnahme der ersten Beitrittsverhandlungen. Nächstes Integrationsziel sollte – schon damals – die Wirtschafts- und Währungsunion sein! Allen großen Beitrittsrunden gingen Schritte der Integrationsvertiefung voraus. Reformen wurden durchgeführt und die großen Vertragsrevisionen beschlossen.

Als die Römischen Verträge geschlossen wurden, war der Kreis möglicher Beitrittskandidaten relativ klein. Europa war durch den Ost-West-Konflikt geteilt. Der Beitrittsartikel sollte vor allem die Tür für die Briten offenhalten. Großbritannien hatte eine Beteiligung an der Sechsergemeinschaft zunächst abgelehnt und stattdessen (mit einigen kleineren Staaten) im Januar 1960 die Europäische Freihandelszone (EFTA) gegründet,<sup>13</sup> die politisch weniger verpflichtend war, aber auch nicht so große Handelsvorteile bot wie der Gemeinsame Markt. Bereits im August 1961 reichte Großbritannien den ersten Beitrittsantrag ein.<sup>14</sup> Durch das Veto des französischen Präsidenten konnten die Verhandlungen erst nach dem Rücktritt von General de Gaulle aufgenommen werden. Großbritannien, Irland und Dänemark traten am 1. Januar 1973 der Europäischen Gemeinschaft bei.

Vor dem Beitritt hatte sich die britische Regierung in den Hauptstädten vergewissert, dass auch dort die politische Integration nicht auf der Tagesordnung stand. Nach einem Regierungswechsel forderte Premierminister Harold Wilson 1974 Neuverhandlungen über den britischen Haushaltsbeitrag. Dass die

---

11 Die Voraussetzungen: Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergeben sich aus den Zielen und Inhalten des Vertrages. Sie werden im Vertrag über die Europäische Union als „Werte der Union“ definiert (Art. 2 EUV), auf die sich der Beitrittsartikel (Art. 49 EUV) bezieht.

12 Zur integrationspolitischen Entwicklung bis zur Osterweiterung vgl. auch Thiel, Elke: Die Europäische Union, 5. Auflage, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997.

13 Die EFTA wurde 1960 mit Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, der Schweiz und Portugal gegründet.

14 Gleichzeitig mit Großbritannien stellten auch Irland und Dänemark Beitrittsanträge. Norwegen folgte im April 1962; im Beitrittsreferendum (September 1972) stimmte dann jedoch die Bevölkerung mit „Nein“.